

# Tarantel

Nr. 67  
Dezember  
IV/2014

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

**DIE LINKE.**



**Linke Umweltpolitik nach den Wahlen in Thüringen,  
Brandenburg und Sachsen**

**Sackgasse Atommüllendlager**

**Klimawandel: Aufrecht in die Katastrophe**

**Verkehr: bewegt Euch (am besten selbst?)**

**Bücherecke: u.a. Ökologisches Grundeinkommen**

Wenn diese Ausgabe erscheint, ist der UN-Klimagipfel in Lima beendet. Selbst bei positivem Ausgang, das heisst, wenn sich die Staaten auf ein gemeinsames Klimaschutzziel und die Finanzierung einigen, besteht die reale Gefahr, dass wirksame Maßnahmen zu spät ergriffen werden, um größere Katastrophen zu verhindern. „Nur eine Revolution in der Struktur der menschlichen Gesellschaft kann uns retten, sonst wird die Zukunft der Welt 'garstig, viehisch und kurz' sein (Moyers, B. 1998)“ heißt es auf unserer Internetseite „Ein Sozialökologischer Gesellschaftsvertrag ist überfällig.“ Jürgen Tallig beschreibt den Weg in diese Zukunft („Das System Erde ist aus der Balance...“).

Ein entscheidender Schritt wäre der Umbau der Energieversorgung weg vom fossil-atomaren Komplex und den Großkonzernen zu erneuerbaren dezentralen Strukturen. Doch dass selbst der sofortige Ausstieg aus der Kernenergie das Entsorgungsproblem nicht löst, sondern bestenfalls etwas entschärft, macht der Artikel „Die Sackgasse - Atommüll in der Entsorgungsfalle“ deutlich.

Die Umstellung des automobilen Verkehrssystems hin zu einer öffentlich organisierten, demokratisch kontrollierten, umweltfreundlichen Mobilität ist eine zweite wichtige Säule des sozial-ökologischen Umbaus. Der Schattenblick-Artikel von der Podiumsdiskussion in der Universität Leipzig zeigt eine breite Facette der Mobilitätsprobleme.

Bei der letzten Beratung des Koordinierungsrates haben wir den Arbeitsplan 2015 beschlossen.

Thematisch hat sich der Koordinierungsrat mit dem Buch von Ulrich Schachtschneider (S. 27 "Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit") befasst. In der Diskussion prallten Befürworter und Gegner eines ökologischen Grundeinkommens (ÖGE) aufeinander. Als Gegenargumente wurden genannt: Erschöpfung der Finanzierungsquellen, wenn die Ökoabgabe zu erfolgreich ist; Quellen- und Senkenbesteuerung in einer globalisierten Welt, in der die indirekten, nicht am Verbrauchsort entstehenden Umweltschäden zunehmen; Fehlen der für die Durchsetzung erforderlichen Macht: Anerkennung durch Arbeit nicht durch Grundeinkommen.

Dafür spricht: Das ÖGE ändert die strukturellen Verhältnisse in der Gesellschaft; es verbindet ökologische und soziale Ziele und Bewegungen; es verschiebt graduell die Machtverhältnisse, weil insbesondere sozial schwächere besser abgesichert sind und andererseits das Kapital durch die ökologischen Rahmenbedingungen an unökologischen Aktionen gehindert wird; es wirkt der Entfremdung entgegen, indem bei der Arbeit Spielräume für freie Entscheidungen erweitert werden.

Zur Frage des möglichen "Mißbrauchs" der durch das ÖGE gewonnenen wirtschaftlichen Freiheit" gibt es zur Zeit nur die Hoffnung, dass sich der Mensch als soziales Wesen eine gesellschaftlich notwendige (auch Gewerbs-)Arbeit sucht, die seinen Fähigkeiten und Interessen entspricht.

Folgende Probleme blieben offen: mögliche Reaktionen/Gegenargumente des Kapitals; rechtliche Durchsetzung, z.B. mit einer Bundes-Ökoagentur mit mind 50% Verbrauchervertretern; zusätzliche/ergänzende ökologische Maßnahmen.

Bei den verschiedenen Herangehensweisen zeigte sich vor allem ein Unterschied in der Auffassung von Entwicklung. Ulrich Schachtschneider vertritt das Konzept "nicht-reformistischer Reformen" - solche, die in das vorh. System passen aber über das System hinausweisen. Das ist ganz im Sinne einer zweiten Großen Transformation" (s. "Das Morgen tanzt im Heute"; Tarantel Nr. 63, S. 22) und der zur Zeit einzige Ansatz, die Gesellschaft zu verändern.

Redaktion

## Arbeitsplan 2015

1. Die MitstreiterInnen der Ökologischen Plattform werden sich bei den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen in Bremen und Hamburg für gute Ergebnisse für die Partei DIE LINKE einsetzen.  
Vwl. Sprecherrat, lokale Gliederungen
2. Wir werden auch 2015 unsere bewährten Mittel (Tarantel, Internetauftritt, Broschürenreihe, Faltblätter) zur weiteren Verbesserung des ökologischen Verständnisses innerhalb und außerhalb der Partei einsetzen.  
Die Faltblätter werden regelmäßig auf Aktualität überprüft und ggf. überarbeitet bzw. neu aufgelegt.  
Vwl. Sprecherrat
3. Am 18.4.2015 führen wir gemeinsam mit dem Bioenergiedorf Coaching e.V. eine Konferenz zu Energiepreisen durch.  
Vwl. Sprecherrat
4. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Mitwirkung an der Vorbereitung und Durchführung des Zukunftskongresses der LINKEN vom 23. bis 26.4.2015.  
Wir wollen deutlich machen, dass es eine Zukunft der LINKEN und unserer Zivilisation nur durch energisches Umsteuern in Richtung Verbesserung der natürlichen Umweltbedingungen geben kann.  
  
Das gleiche Anliegen wird das Wirken unserer Delegierten der Plattform auch beim Parteitag im Juni bestimmen.  
Vwl. Sprecherrat, Parteitagsdelegierte der Ökologischen Plattform
5. Unser Bundestreffen findet am 20. und 21.6. in Lutherstadt Wittenberg statt. Sitzungen des Koordinierungsrates sind für den 28.2., 19.6., 19.9. und den 28.11. vorgesehen.  
Vwl. Sprecherrat
6. Sofern die Finanzierung gesichert werden kann führen wir im Herbst – möglichst mit einem Partner – eine Konferenz zu einem weiteren Schwerpunkt des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft durch.  
Vwl. Sprecherrat
7. Wir nutzen die sich bietenden Möglichkeiten zu Auftritten mit Infoständen:
  - bei der Luxemburg-Liebkrecht-Demonstration am 11.1.2015,
  - auf dem Parteitag der LINKEN am 6. und 7.6.2015 und
  - beim Umweltfestival am 13. und 14.6.2015 in Berlin.
8. Wir führen unsere Anstrengungen zur Verstärkung unserer Mitgliederbasis fort.  
Wir wollen Gruppen in den Bundesländern aufbauen und stärken, wo unsere Aktivitäten noch schwach sind bzw. noch nicht existieren.

# Bericht über die Konferenz der Ökologischen Plattform bei „Speicherung Erneuerbarer Energie in den nördlichen Bundesländern“

Götz Brandt

Am 15. 11. 2014 trafen sich in Paaren/Glien (Brandenburg) mehr als 70 Interessierte, um zu erfahren, auf welchem technischen Stand die Speicherung von Energie ist und welche Möglichkeiten es gibt, auch über Stunden und Tage hinweg Erneuerbare Energie zu speichern. Nach Studien werden Speicher ab 40 % Anteil Erneuerbarer Energie am Strommix benötigt. Das ist in den nördlichen Bundesländern der Fall. Mecklenburg/Vorpommern hat bereits einen Anteil von 50 %. Insbesondere Vorschläge, wie die Speicherung technisch auch im Flachland machbar ist, fanden das Interesse der Zuhörer. Prof. Popp von der TH Nürnberg stellte die Konzeption eines Ringwallspeicher auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Lieberose vor und Herr Weiß von der Universität der Bundeswehr Hamburg machte den Vorschlag, ausgekohlte Braunkohlegruben für die Anlage von Pumpspei-

cherkraftwerken zu nutzen. Aber auch Batteriespeicher zur Netzstabilisierung, Komplettlösungen für Privathalte mit Photovoltaikanlage, Kleinwindrad und Batteriespeicher zur autarken Versorgung wurden vorgestellt. Nicht zuletzt wurden auch Probleme der Finanzierung und Förderung von Speichern behandelt. Mit Wolfgang Borchardt und Detlef Bimboes waren auch Mitglieder der Ökologischen Plattform als Referenten erfolgreich. Die politischen Probleme der Speicherung wurden von MdB Ralph Lenkert dargelegt. Von allen Seiten wurde die Konferenz als erfolgreich, in der Themenstellung ausgewogen und vollständig und von der Qualität der Referenten her als ausgezeichnet eingeschätzt. Die Ökologische Plattform will derartige Tagungen, die sich mit aktuellen politisch brisanten technischen Problemen auseinandersetzen, auch im nächsten Jahr fortsetzen.

Ringwallspeicher und geotechnische Speichersysteme - Ökologische Plattform - DIE LINKE, MAFZ Erlebnispark, Paaren - 15.11.2014

## Pumpspeicher



(C) Prof. Dr.-Ing. Matthias Popp, Burgstraße 16, 95612 Wunsiedel, www.poppwpo.de

## Zum Koalitionsvertrag in Thüringen

Johanna Scheringer-Wright

Nach den Landtagswahlen am 14.09.2014 in Thüringen bei der DIE LINKE 28, 2 % der Stimmen und 28 Sitze im Landtag, die SPD 12,4% der Stimmen und 12 Sitze und Bündnis 90/Die Grünen 5,7% der Stimmen und 6 Sitze im Landtag erringen konnten, haben sich diese drei Parteien entschlossen, eine Regierung zu bilden. Der beschlossene Koalitionsvertrag der Parteien liegt nun vor, am 05.12.2014 findet die Wahl des Ministerpräsidenten statt.

Der Koalitionsvertrag muss von zwei Seiten betrachtet werden: zum einen ging es den Partnern darum, sich gegenseitig einzuschwören, zum anderen darum, Regierungsvorhaben festzulegen.

Die Präambel des Koalitionsvertrages legt ebenso wie die Schlussbestimmungen dar, in welches Selbstverständnis sich die Regierung einbettet. Aus linker Sicht ist die Aufnahme der Feststellung, dass die DDR in der Konsequenz nicht nur Diktatur, sondern Unrechtsstaat war, zu einseitig und wird von den meisten LINKEN, und weiteren linken Kräften in Thüringen überhaupt nicht geteilt. Unterschiedliche Auffassungen, wie ein Rechtsstaat definiert wird, oder wie eine Verfassung auszusehen hat, wurden nicht zugelassen – es wird in der Präambel nur die gegenwärtige, euro-zentristische Definitionshoheit des bürgerlichen Mainstreams widerspiegelt.

Die Vorhaben, die sich im inhaltlichen Teil des Koalitionsvertrages darstellen, sind von Kompromissen der drei Verhandlungspartner gekennzeichnet, weisen aber einen deutlichen Unterschied zu den bisherigen CDU-geführten Regierungsvorhaben auf. So ist das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit deutlich zu erkennen.

Festlegungen, wie zum Beispiel, die, keine weitere Verpressung von Kaliabwässern mehr zulassen zu wollen, wie auch das Nein zu Fracking und der Ausbeutung unkonventioneller fossiler Erdgasquellen in Thüringen, die Reduzierung des Flächenverbrauchs, 5% Stilllegung im Landeswald, die schrittweise

Einführung der FSC-Zertifizierung des Landeswaldes, das Verbot von Bleischrot und die Entwicklung einer flächengebundenen, tiergerechten Tierhaltung sind Kennzeichen für einen sozial-ökologischen Umbau des Landes. Der Anteil an ökologischem Anbau soll auf 10% erhöht und Initiativen, einschließlich genossenschaftlich organisierter, für Regionalvermarktung unterstützt werden. Im Rahmen der Mittel aus der Europäischen Agrarförderung soll das Kulturlandschaftsprogramm stärker an ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet werden und die Förderung benachteiligter Gebiete beibehalten werden.

Auch bildungspolitische und soziale Projekte wurden vereinbart. So sollen z.B. jährlich 500 Lehrer eingestellt werden und ein KITA-Jahr für alle Kinder kostenfrei gewährleistet werden. Sorge macht, dass sich die Parteien darauf festgelegt haben, die Schuldenbremse, wie sie im Thüringer Haushaltsgesetz und auf Bundesebene verankert ist, einzuhalten. Damit könnten wichtige soziale Vorhaben so weit nach hinten geschoben werden, dass die Regierung, insbesondere DIE LINKE, was ihre Versprechen angeht unglaubwürdig wird.

Ich habe im Wahlkampf hart für die Ablösung der CDU aus der Regierungsverantwortung in Thüringen gekämpft. Dafür kämpfe ich auch weiter. Ich bin aber überzeugt davon, dass mit der rot-rot-grünen Regierungsbildung und einem Koalitionsvertrag erst ein Einstieg in einen möglichen Politikwechsel geschieht. Es gilt, diese Regierung kritisch von links zu begleiten, damit aus dem Einstieg kein Ausstieg aus einem Politikwechsel wird.

Dr. Johanna Scheringer-Wright, MdL, Sprecherin der ÖPF Thüringen, war Leiterin der linken Verhandlungsgruppe Landwirtschaft, Wald, Wild, Verbraucherschutz, Landesplanung und Tierschutz in der großen Koalitionsrunde.

# Gedanken zum Koalitionsvertrag Brandenburg 2014

**Peter Engert**

Die Linke in Brandenburg geht nun zum zweiten Mal hintereinander in die Regierungsbeteiligung als Juniorpartner der SPD. Man muss die Vorhaben des Koalitionsvertrages vor dem Hintergrund der Bilanz der vergangenen Wahlperiode sehen. Vor fünf Jahren setzten vor allem die Umweltverbände große Hoffnungen auf rot-rot. Obwohl die Linke das Umweltressort vertrat, gelang es nur in begrenztem Umfang, umweltpolitisches Profil zu entwickeln. Einige Erfolge wurden überschattet durch den Umgang mit der Braunkohle. Trotz des Vorranges alternativer Energieerzeugung wurde an der Braunkohleverstromung als „Brückentechnologie“ festgehalten. Die Zustimmung des Kabinetts zum Braunkohleplan Welzow II ohne gegensätzliches Votum der Umweltministerin dürfte dazu beigetragen haben, dass viele vormalige Linkswähler nicht mehr zur Wahl gingen.

Der neue Koalitionsvertrag bietet die Grundlage, an umweltpolitische Weichenstellungen anzuknüpfen. Allerdings hat die Linke jetzt weniger Einfluss darauf, wie dies gelingen wird. Das Umweltressort wird jetzt von der SPD verantwortet. Die Umweltpolitik gehört leider nicht zu den Schwerpunkten der Linken in Brandenburg. Offenbar werden die Schwerpunkte nach dem Mainstream festgelegt, anstatt durch die politische Schwerpunktsetzung Einfluss auf den Mainstream zu nehmen.

Trotz widersprüchlicher Aussagen eröffnet der neue Koalitionsvertrag alle Möglichkeiten, die ökosoziale Wende in Brandenburg einzuleiten und voranzubringen. Bemerkenswert der Satz im Umweltabschnitt: „Die Bewahrung unserer Natur ist nicht nur eine ökologische Herausforderung. Sie entscheidet auch über die ökonomische und soziale Zukunft unseres Landes.“ Somit müsste die Ökologie in den Zentrum der Politik rücken. Doch schon die Gliederung des Koalitionsvertrages verheißt das Gegenteil. Die Umwelt erscheint hier als Anhängsel an Infrastruktur, Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen und ländliche Entwicklung. Folgerichtig der Ressortzuschnitt, durch den Ländliche Entwick-

lung, Umwelt und Landwirtschaft vereint wurden. Es hat sicherlich Vorteile, wenn Umweltpolitik und der die Umwelt am meisten gestaltende Zweig der Volkswirtschaft einheitlich geleitet werden. Es besteht dabei aber die Gefahr, dass dabei im Interesse einer Gewinn bringenden Landwirtschaft Umweltstandards in Frage gestellt werden.

Bedenklich das Vorhaben, eine „bundesdurchschnittliche Aufgaben- und Stellenausstattung“ erreichen zu wollen, ist doch das Land Brandenburg weit über dem Durchschnitt mit Naturreichtümern (Artenvielfalt, wertvolle Biotop, Schutzgebiete) ausgestattet. Aber: „Die Landesregierung wird sich für eine Stärkung der Großschutzgebiete...einsetzen...“

Auch die Personalpolitik hat einen Umweltaspekt. Bis 2019 soll die Anzahl der Beschäftigten gegenüber heute weiter reduziert werden, allerdings in erheblich geringerem Maße als im vorhergehenden Koalitionsvertrag festgeschrieben. Im Umweltbereich fehlen allerdings schon jetzt so viele Arbeitskräfte, dass viele Aufgaben nur unzureichend oder gar nicht erledigt werden können. Zwar sollen durch die Personalpolitik namentlich auch die Bereiche Deichbau und Wasserwirtschaft sowie Immissionsschutz gestärkt werden. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob dadurch die vorhandenen Defizite ausgeglichen werden können. Schließlich sollen die Bereiche Bildung und Sicherheit absoluten Vorrang haben.

### **Links**

zur Bilanzbroschüre „5 Jahre rot-rot in Brandenburg“:

<http://www.linksfraktion-brandenburg.de/fileadmin/dateien/download/publikationen/sonderformate/allgemein/2014/>

DieLINKEBilanzbroschuereWeb.pdf  
zum Koalitionsvertrag 2014 – 2019:

<http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/wahlen/141103-Koalitionsvertrag.pdf>

# Einschätzung der umweltpolitischen Schwerpunkte in der laufenden Legislaturperiode im Freistaat Sachsen

Jana Pinka

Als anspruchsvoll kann man den Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Bereich der Umweltpolitik nicht bezeichnen. Beispielhaft möchte ich dies für die Schutzgüter Klima / Luft und Wasser aufzeigen.

Sachsen bleibt auch in der veränderten Regierungskonstellation in seinem Grundverständnis dauerhaft ein Braunkohleverstromungsland. Bereits im Koalitionsvertrag<sup>1)</sup> ist festgelegt, dass der Neuaufschluss Nochten II kommen wird<sup>2)</sup> – ohne die übergeordneten Klimaschutzziele zu beachten. Seit dem Jahr 2000 steigen die Treibhausgasemissionen in Sachsen wieder an – etwa 60 % machen dabei die Emissionen aus Großfeuerungsanlagen aus, davon stammen etwa 87 % aus der Braunkohleverstromung. Im Bundesvergleich ist Sachsen seit Jahren der fünftgrößte Emittent von Treibhausgasen.

Im Wahlkampf hatte die sächsische SPD noch einen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2050 gefordert. Jetzt führt sie mit Minister Dulig das Wirtschafts- und Arbeitsministerium. Seine neuesten Verlautbarungen lassen keine Hoffnung aufkommen: „Sachsens Kraftwerke sind die effizientesten“<sup>3)</sup>. Sachsens Kraftwerke sind allerdings auch Spitzenreiter der Kohlendioxidemission – 2013 emittierte das Kraftwerk Boxberg 19,3 Mio. Tonnen Kohlendioxid (Platz 4 in Deutschland)<sup>4)</sup>. Das Braunkohlekraftwerk Lippendorf ist mit über 600 Kilogramm pro Jahr die größte Punktquelle von Quecksilberabgasemissionen in ganz Deutschland<sup>5)</sup>.

Immerhin kündigt die Koalition ein neues Ener-

giekonzept an, aber den Stillstand der letzten Jahre wird sie schwer ausgleichen können. Jetzt bekennt man sich zumindest wieder offen zum Ausbau der Windkraft – Sachsen war hier mit der FDP bei Null angelangt – und zu den Ausbauzielen für erneuerbare Energien des Bundes. Hier lag Sachsen 2011 beim Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bei 28 %! Die Koalition hat also ein anspruchsvolles Ziel vor sich.

Im Bereich Schutzgut Wasser ist die Enttäuschung über den Koalitionstext ebenfalls groß. Nach Sächsischem Wassergesetz erlischt eine wasserrechtliche Erlaubnis für Kleinkläranlagen zum 31. Dezember 2015, wenn die Anlage nicht dem Stand der Technik entspricht. CDU und SPD halten am Datum für den

dezentralen Ausbau der Abwasserversorgung fest. Gedroht wird mit der zwangsweisen Versiegelung der bestehenden Kleinkläranlagen. Dieser Zwang zur Umstellung besteht für große Teile des ländlichen Raums. Daran ändert auch die neue Koalition nichts, auch wenn sie darauf verweist, dass die Kommunen stärker in die Pflicht genommen werden sollen. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger. Das heißt in Sachsen: Auch mit der neuen Regierung bleibt die extreme Ungleichbehandlung mit den verschiedenen Wassernutzern bestehen. Für den Braunkohleabbau werden Fristverlängerungen in Anspruch genommen, nicht jedoch für Abwassereinleiter, obwohl der verursachte Schaden in Braunkohlegebieten für Oberflächen- und Grundwasser ungleich höher ist.

1 <http://www.spd-sachsen.de/was-wir-denken/koasax>

2 „Wir bekennen uns zum Abbau der Braunkohle in den im Rahmen des Braunkohleplans genehmigten und projektierten Abbaugebieten.“

3 Dresdner Neueste Nachrichten, 26.11.14

4 Süddeutsche Zeitung, 24.11.14

5 <http://www.thru.de/thrude/auswertung/top-thema/automatisches-archiv/januar-2013-quecksilber-aus-industriebetrieben-in-deutschland/>

## Sommer in Senftenberg Hanna Fleiss

Erinnere dich an den  
Duft des Sommers, des Sommers,  
als wie auf Flügeln die Rufe des Kuckucks  
über die Ebene flogen.

Erinnere dich der Trauer, die über uns kam,  
als wir unseren Seerosenteich, den schattigen,  
versiegt sahen. Als wir standen  
und kaum begriffen. In der Ferne  
hörten wir das Tier schnaufen,  
den Riesenbagger.

Nichts blieb uns als  
Sprachlosigkeit, diese entsetzliche  
Sprachlosigkeit, als unsere Trauer in traurige  
Zärtlichkeit zu verwandeln.  
Erinnere dich.





## Die Sackgasse - Atommüll in der Entsorgungsfalle

**Rainer G. Gellermann**

Es gibt Sackgassen. Stille Straßen, in die man hineingeht und plötzlich feststellt: kein Weg, nirgends. Das ist ungefährlich für Fußgänger. Sie drehen sich um und gehen zurück. Doch was, wenn ein Sattelschlepper hineinfährt – und nach einer letzte scharfe Kurve jedes Wenden unmöglich ist. Was, wenn der Sattelschlepper tödliche Fracht trägt?

In Deutschland stehen mehr als ein Dutzend große Hallen mit abgebranntem Atommüll aus Kernkraftwerken. Außerdem lagern in Landes-sammelstellen und diversen weiteren Anlagen radioaktive Abfälle aus Industrien, Forschung und Medizin. An jedem dieser Standorte kämpfen die Anti-Atom-Bewegungen seit Jahrzehnten gegen die Gefahren des Atommülls vor Ort – unterstützt von Greenpeace, BUND und politischen Oppositionsparteien. Doch die Endlagerung als Lösung für das Atommüllproblem ist noch viel stärker umkämpft. Alle Wege für den Atommüll enden in Sackgassen. Wie konnte das geschehen?

Widerstand von unten ist mühsam und langwierig. Er braucht Zeit, sich zu entwickeln. Er braucht Plätze, auf denen er sich auszuprobieren kann – und er braucht Strategen, die die Regeln kennen, nach denen Widerstand wachsen kann.

Die freien Plätze gab es zunächst nur in einem Teil Deutschlands. Und auch ohne Strategen war schnell klar: Kampf gegen Atomstrom heißt zunächst: Pläne verhindern! Dafür sorgen, dass keine Anlagen gebaut werden, die der Atomwirtschaft dienen können. Wyhl, Wackersdorf, Brokdorf – es sind Fanale des Widerstandes. Nicht jeder Widerstand war erfolgreich, aber die Deckblätter der Pläne von nie betriebenen Anlagen an einer Wand könnten als gute Trophäensammlung durchgehen.

Die Munition für den Kampf lieferte ein Buch, das heute kaum noch jemand kennt: Holger Strohm's „Friedlich in die Katastrophe“<sup>1)</sup> stellte erstmals 1973, in erweiterter Fassung 1981 alles zusammen, was es auf dem Feld der Atomkritik bis dato gab – und sieht man in dieses Buch hinein, so findet man dort alle Argumente, die bis heute den politischen Streit um Atom-

kraft und Strahlenrisiken prägen. Das Buch zeigte auf, dass man die Kosten der Atomwirtschaft aufs Korn nehmen kann, es thematisierte die Risiken von niedrigsten Strahlendosen und beschrieb facettenreich die Sicherheitsgefahren von Kernreaktoren. Dieses Buch war erfolgreich, nicht nur als Bestseller, sondern vor allem in seiner Wirkung. Seine Argumente finden sich noch heute in den Fragen der Journalisten, in Urteilen von Richtern und in Flyern von Greenpeace oder BUND.

Nicht zuletzt befasste sich H. Strohm in seinem Buch auch mit dem Atommüll, der Zwischen- und der Endlagerung. Schon im einführenden Teil zum Kapitel „Atommüll“ stellt er fest, „*dass das Problem viel schwerwiegender und aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt nicht lösbar ist.*“<sup>2)</sup> Nach einer Schilderung von Techniken zur Lagerung von Atommüll, zahlreichen Beispielen von Technikversagen und intensiver Darstellung von Risiken und Bedenken der Endlagerung stellt sich für ihn die Frage, „*ob es erlaubt sei, kommenden Generationen für Tausende von Jahren strahlende Abfälle zu hinterlassen.*“<sup>3)</sup>

Bei Greenpeace las es sich 2010 so: „*Stopp der Atommüllproduktion. Eine wirklich sichere Form der Lagerung von Atommüll für Hunderttausende von Jahren wird es nie geben. Deshalb muss als erstes die Müllquelle geschlossen werden.*“<sup>4)</sup>

Doch die vierzig Jahre zwischen dem Entstehen von Holger Strohm's Buch und heute haben einiges verändert. Die von ihm mit angestoßene Anti-Atom-Bewegung war erfolgreich. Sehr erfolgreich. Ein großer gesellschaftlicher Umbruch ist eingeleitet. Der Atomausstieg ist von praktisch allen politischen Parteien im Deutschen Bundestag getragen. Also ist absehbar, dass die Müllquelle versiegelt wird.

Gerade auf dem Feld der Endlagerung hat der Kampf gegen die Atomwirtschaft tiefe Spuren hinterlassen. Gorleben ist faktisch verbrannt, der Atommüll aus der Asse wird, wenn technisch machbar, zurückgeholt, Schacht Kon-

1 H. Strohm: Friedlich in die Katastrophe. Verlag Zweitausendeins. 1981

2 ebd. S. 690

3 ebd. S. 751

rad ist um Jahrzehnte verzögert und über Morsleben wird wieder neu diskutiert. Jetzt stehen große Hallen mit abgebranntem Atommüll in Deutschland und wenn alles wie geplant verläuft, wird in den nächsten Jahren eine weitere, von den Abmessungen her noch viel größere Halle gebaut werden, um den Atommüll der Asse aufzunehmen.

Schon jetzt ist klar, dass diese Hallen länger halten müssen als ihre durch Genehmigung zugelassene Betriebsdauer. Diese Hallen bergen Risiken, die in einer sich drastisch verändernden Welt viel konkreter und viel gefährlicher sind als alle herbeigerechneten Dosen einer Siedlergruppe in einer Million Jahre. Und es wird gern vergessen, dass die Wartung des Atommülls Arbeitnehmer heute und morgen bestrahlt.

Die Techniken des Verhinderns von Endlagerung sind geübt, die Kultur des Ablehnens höchst erfolgreich. *Eine wirklich sichere Form der Lagerung von Atommüll für Hunderttausende von Jahren wird es nie geben* – natürlich auch nicht, wenn die Müllquelle geschlossen ist. Wie kann man aus dieser Kultur der Ablehnung heraus etwas starten, das letztlich auf eine technische Lösung hinauslaufen muss?

Ob und wie der Ausstieg aus der Kernenergie nachhaltig gestaltet werden kann, das hängt nicht nur von den Träumen ab, die mancher verwirklichen möchte, sondern vor allem von der Art, wie Traum und Wirklichkeit sich annähern. Denn Erfolg macht verantwortlich. Wer geringste Strahlung zur Gefahr erklärte, der kann jetzt nicht so tun, als ob diese Risiken plötzlich verschwinden! Jetzt geht es um die Folgen des Ausstiegs, jetzt geht es um die Frage der real existierenden Lager in Deutschland, ihre Risiken und die daraus erwachsende Frage der Endlagerung.

Im Sorgenbericht der von der AG Schacht Konrad getragenen „Atommüllkonferenz“ wird festgestellt *„Da es für die Betroffenen aber keine entscheidungsrelevanten Eingriffsmöglichkeiten gibt und nach allen Erfahrungen der letzten vier Jahrzehnte Standort-Benennung zugleich Standort-Verurteilung bedeutet, gibt es auch keine Verhandlungsräume, sondern nur die Alternative:*

---

4 Greenpeace: Atommüllendlager. Flyer 10/2010. S. 2

*zulassen oder verhindern.“*<sup>5</sup>) So richtig der erste Teil des Satzes sein mag, so falsch ist inzwischen seine abschließende Schlussfolgerung. Etwas das existiert, kann man nicht mehr verhindern! Die derzeitigen Alternativen heißen deshalb: Den Atommüll mit allen seine Risiken vor Ort belassen und langfristige Lösungen verhindern – oder sich einlassen auf eine Sachdiskussion um eine Lösung, die niemals perfekt sein wird, die man aber zulassen muss, wenn man die eigenen Risikoeinschätzungen der Vergangenheit zu Strahlenrisiken der Zwischenlagerung nicht als abstrusen Unsinn abtun will. Eine große Hürde, die uns die Geschichte hinterlassen hat, gilt es zu überwinden. Der im Jahr 2010 betriebene Versuch, den beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie durch eine Laufzeitverlängerung aufzuweichen – um ihn vielleicht eines schönen Tages aufzuheben –, dieser Versuch hat den Boden gedüngt, auf dem das Misstrauen stets leise vor sich hinwuchs, und jetzt ist es zu einer Dornenhecke ausgewachsen. Wie nun mit diesem Misstrauen umgehen, das der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie hinterlassen hat? Für diejenigen, die die Kernenergie ablehnen – und es gibt gute Gründe in der Geschichte, das zu tun – steht daher jetzt die Frage im Brennpunkt, wie man Endlagerung realisiert und trotzdem sicherstellt, dass Kernenergie ein Tabu bleibt. Denn wer bislang über Endlagerung redet, redet über die Zukunft der Kernenergie.

Der Bundestag hat eine Kommission eingesetzt, die die Suche nach Lösungen neu beginnen soll. Nach Außen getarnt als Suche nach einem End-Lager für Atommüll, ist es im Kern eine Suche nach uns selbst. Wir, die Gesellschaft der Zweifler, Skeptiker, Gegner der Atomenergie hatten hehre Ziele der Sicherheit verkündet, wenn es um Endlagerung gehen soll. Wir haben die Strahlengefahr als Vehikel genutzt, um Väter zu verunsichern und Mütter zu überzeugen. Doch jetzt stecken wir fest. Die Risiken lassen sich nicht mehr vermeiden, indem man Planungen verhindert. Der Atommüll ist in der Welt. Er

---

5 Ursula Schönberger: Atommüll. Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland. Sorgenbericht der Atommüllkonferenz. August 2013. Herausgeber: Atommüllkonferenz Salzgitte. S. 7

bleibt gefährlich. Es gibt genügend Flyer, Fragen, Forderungen, die die Risiken der Zwischenlager thematisieren. Wo ist die Lösung?

Auf der Webseite von Greenpeace<sup>6)</sup> findet man einen lachenden Atomexperten Mathias Edler, der erklärt, warum seine Organisation sich nicht einbringen will, in einen staatlichen Suchprozess nach dem „bestmöglichen Standort für ein Atommüll-Endlager“. Seine Argumente sind zahlreich und dem geübten Politiker einleuchtend. Er fordert eine andere Reihenfolge: erst eine Kommission, dann ein Gesetz. Er reklamiert, Gorleben von der Suchkarte zu tilgen und Fehlentscheidungen der Vergangenheit beim Umgang mit Atommüll aufzuarbeiten. Er sieht es kritisch, dass zu viele Leute mit anderen Meinungen als er in der Kommission mitwirken. Nur eines kommt im gesamten Interview nicht vor: die Strahlung und das Risiko, das verbleibt, wenn keine Lösung gefunden wird. Liest man sich durch ähnliche Foren und Diskussionen, so entsteht der Eindruck, dass Strahlung vor allem ein politisches Phänomen ist und Leukämie eine Krankheit, die in statistischen Unsicherheiten verschwindet, wenn sie der eigenen Opportunität im Wege steht. Man kann aber der eigenen Geschichte nicht so einfach entkommen. Entweder man stellt sich ihr – oder man wird von ihr gestellt.

Wenn man die zentrale Forderung von Greenpeace und anderen, eine „wirkliche Ergebnisoffenheit und Fairness im Suchprozess“<sup>7)</sup> zu erreichen, durchdekliniert, dann heißt sie sehr klar: auch die „Nulllösung“ – also keine Lösung – muss als Ergebnis offen sein. Und diese Lösung ist diejenige, die von allen Lösungen das höchste Risiko für die Zukunft beinhaltet.

Die in der Anti-Atom-Bewegung stark engagierte Gruppe Ökologie e.V. kam im Jahr 2001 in einer vergleichenden Studie von Endlageroptionen zum Ergebnis: „Am ungünstigsten schneiden die Optionen Langzeit-Zwischenlagerung und Dauerlagerung ab. Die Hauptursachen sind in der Lage der Abfälle innerhalb der Biosphäre, ihrer systemimmanenten dauerhaften Zugänglichkeit (auch bei unterirdischem Lager) und in der überragenden Bedeutung sicherheitstragender Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit zu suchen. Die Probleme bei der Prognose künftiger gesellschaftlicher Entwicklun-

gen, deren Stabilität hierbei Voraussetzung für die Gewährleistung der Langzeitsicherheit ist, sind nicht lösbar.“<sup>8)</sup>

Sicherlich kann man eine gewisse Zeit den Menschen an den Standorten der Zwischenlager erzählen, dass es die anderen waren, die diese Technik hier gebaut und zu verantworten haben. Irgendwann wird aber klar werden, dass auch diejenigen Mitverantwortung tragen, deren Erfolg im Verhindern dauerhafter Lösungen das immer wieder beschworene Risiko den kommenden Generationen hinterlässt. Das Tragische daran ist, dass eine Organisation wie Greenpeace, die große Verdienste in der Anti-Atom-Bewegung hat, ihre moralische Kraft verliert, wenn sie sich aus dieser, ihrer Mitverantwortung verabschiedet.

In seinem Band „Täuschungsmanöver Atomausstieg?“ schreibt M. Ferst<sup>9)</sup>: „Am Ende muss der Atommüll auf möglichst sichere Weise über geologische Zeiträume gelagert werden. An dieser Aufgabe kommt niemand in der Gesellschaft vorbei. Die Antworten auf solche Fragen und die damit verbundenen Deutungshoheiten sollte man nicht der Atomlobby überlassen und auch nicht dem jeweiligen Umweltminister.“ Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. In Anbetracht existierender Lager voller radioaktiver Abfälle kann man sich nicht einfach an die Seite stellen und darauf warten, dass andere Vorschläge machen, die man lächelnd madig macht. Was benötigt wird, sind Lösungen, die den kommenden Generationen nicht Altlasten hinterlassen, von denen wir jetzt schon wissen, dass sie gezwungen sind, etwas zu tun, wenn sie sicher leben wollen. Die Lösungen müssen vielmehr so beschaffen sein, dass künftige Generationen nach heutigen Maßstäben nichts tun müssen, sie aber, wenn sie andere Maßstäbe anlegen, mit verhältnismäßigen Mitteln etwas tun können.

Wie das zu geschehen hat, darüber muss man reden. Wissenschaftlich ist lange klar, dass Dauerlagerung in oberirdischen Lagern keine

---

6 M. Hucko: Endlagerkommission: Darum ist Greenpeace nicht dabei. Artikel vom 19.08.2013. <http://www.greenpeace.de/themen/energie-wendeatomkraft/atommuell/endlagerkommission-darum-ist-greenpeace-nicht-dabei>. abgerufen 24.08.14

7 ebd.

# Energie

Lösung ist. Weitere Forschung zur Umwandlung hochradioaktiver Abfälle (Transmutation) heißt einerseits Förderung von nuklearer Forschung und ist im Zusammenhang mit der Endlagerfrage letztlich nur ein Vehikel, um Entscheidungen zu verschieben.

Was tun mit dem Sattelschlepper und seiner tödlichen Fracht, wenn jedes Wenden unmöglich ist? Müssen wir Wände einreißen, die dem Wenden entgegenstehen? Können wir es gemeinsam schaffen, den Schlepper um die Kurve zu ziehen? Wir müssen uns entscheiden, wo und wie wir anpacken. Weil er sich nicht entscheiden konnte, ist Buridans Esel verdurstet. Was wird mit den Zwischenlagern? Wie sicher

werden sie sein – in 200 Jahren? In 1000 Jahren? Irgendwann? Buridans Esel ist schon lange tot – müssen jetzt erst Leukämiecluster demonstrieren, das man das Erbe der Väter nicht nur verwalten, sondern gestalten muss? Die Sackgasse ist keine Lösung, aber Lösungen tun Not.

- 8 Gruppe Ökologie (D. Appelt, J. Kreuzsch, W. Neumann): Vergleichende Bewertung von Entsorgungsoptionen für radioaktive Abfälle. Abschlussbericht. Im Auftrag des Forschungszentrums Karlsruhe. FKZ 02 E 9350. Hannover Mai 2001
- 9 M. Ferst: Täuschungsmanöver Atomausstieg?. Über die GAU-Gefahr, Terrorrisiken und die Endlagerung. Edition Zeitsprung, Berlin 2007. S. 87



## Undemokratische Braunkohle

Ergänzung zur Kolumne von Jörg Staudte im ND v. 13.11.2014

von Dieter Brendahl

Faktisch kann mit Kohlestrom bereits heute nicht mehr genug Geld verdient werden, wenn die staatliche Stützung der Kohleverstromung aufgehoben wird. Nur wenige verdienen mit Braunkohlenverstromung Geld, indem sie den Irrtum ausnutzen, dass die energetische Daseinsvorsorge Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ist.

Aufwand und Nutzen der von Konzernen beherrschten Energieversorgung werden mit Hilfe gekaufter „Wirtschaftswissenschaftler“ und Politiker völlig vernebelt. Angebot und Nachfrage sind von einem Preisdiktat der Konzerne ausgeschaltet. Von Parlamentsmehrheiten wird gesellschaftlich organisierte Nutzenergieproduktion zur Gewinnmaximierung stromintensiver privater Unternehmen zu Lasten des Gemeinwohls gesetzlich geschützt. Seit langem ist die Strombörse als Instrument des Oligopols der Stromerzeuger zur Erzielung von Spekulationsgewinnen durch Marktmanipulation enttarnt, ohne in Frage gestellt zu werden.

Es ist finanziell beteiligten Medien geschuldet, dass die Auswirkungen dieses Systems zur Vernichtung der Existenzbedingungen der Jugend und kommender Generationen von der Bevölkerungsmehrheit und einzelnen Gewerkschaften noch nicht erkannt wird.

Leider gibt es auch Linke, die sich diesen Zusammenhängen verschließen. Auf das Programm der Partei DIE LINKE können sie sich dazu nicht berufen. (...)

Wer die Braunkohlenverstromung als Brücke für die Energiewende bezeichnet, lenkt von bedarfsgerechter Speicherung von Überschussenergie aus erneuerbaren Quellen ab und manifestiert die Abhängigkeit von atomaren und fossilen Energieträgern. Machtkämpfe zwischen global agierenden Konzernen um Ressourcen, Märkte und Ausbeutungsverhältnisse sind die Folge. Sie zerstören Zivilisationen, fördern Diktaturen und gefährden die Existenzgrundlagen der Völker.

(gekürzt - Volltext unter [www.oekologische-plattform.de/?p=73881](http://www.oekologische-plattform.de/?p=73881))

In der Praxis haben sich die Erneuerbaren Energien als unschlagbare Konkurrenz für atomar-fossile Energien erwiesen. Lobbyhörige Politiker mussten den für ihren Durchbruch verantwortlichen gesetzlichen „Vorrang Erneuerbarer Energien“ im EEG 2014 völlig zurücknehmen und durch den „Ausbau“ ersetzen. Vorher wurde der Vorrang bereits faktisch beseitigt: Nicht regelbarer Grundlaststrom erhielt den Vorrang im Verbundnetz, weil Verbraucher für ökonomische Verluste durch ungenutztes Angebots von Wind- und Solarstrom belastet werden und die verursachenden Grundlaststromerzeuger nicht finanziell dafür haften müssen. Als nächster Schritt erfolgten unverhältnismäßige Strompreiserhöhungen infolge EEG-Umlage. Schließlich wurde die Mär von den Wettbewerbsnachteilen privatkapitalistischer Vielverbraucher in die Welt gesetzt, um sie von EEG-Umlage und Netzdurchleitungskosten zu befreien. Demokratischer Mitbestimmung für die energetische Daseinsvorsorge wird auf diese Weise die Grundlage entzogen. Autonome Selbstversorgung und Bürgerbeteiligung sind erschwert.

Beispiel für das Einknicken vor den Partikularinteressen der Energiekonzerne ist der Koalitionsvertrag der Landesregierung Brandenburg. Darin wird die Integration der Erneuerbaren Energien in das - ebenso wie das Berggesetz - aus der Nazidiktatur stammende Energieversorgungssystem gefordert. Mit herbeigeredeten Arbeitsplatzverlusten wird die Energiewende zu Gunsten der Laufzeitverlängerung der Kondensationskraftwerke ausgebremst.

Unnütze Investitionen werden zur Herabsetzung der Mindestlast von Braunkohlenkraftwerken getätigt, anstatt notwendige Energiespeicherung zu finanzieren (im Bereich von 20% der Nennlast wird jedes Braunkohlenkraftwerk unrentabel). Die erforderliche zeitnahe Reaktion auf natürliche Schwankungen des Stromaufkommens aus erneuerbaren Quellen kann infolge der Laständerungsträgheit von Dampferzeugern niemals erreicht werden. Die Folge sind zusätzliche Kosten für Abschaltung

erneuerbarer Quellen und Export überschüssigen Stroms zu negativen Preisen. Das ungeeignete zentralistische Energieverbundsystem schadet dem Gemeinwohl und nützt parasitärer Profitmacherei.

**Jede Gesetzgebung, die nicht die Umstrukturierung der Energieversorgung in vernetzte autonome Systeme fördert, verhindert bzw. verzögert die Energiewende und begünstigt globale Interessenkonflikte.**

...

## **Das System Erde ist aus der Balance und die Grundlagen allen Lebens sind ernsthaft bedroht.**

**Jürgen Tallig**

Nach dem Überrollen weiterer Kipppunkte im Klimasystem könnte sich die Erderwärmung in einer Art Kettenreaktion dramatisch und unumkehrbar beschleunigen. UN-Generalsekretär, Weltklimarat (IPCC) und viele andere Politiker und Wissenschaftler schlagen Alarm: Der Klimawandel sei die größte Gefahr und Herausforderung in der Geschichte der Menschheit. Es müsse jetzt gehandelt werden, sonst drohten untragbare menschliche, ökonomische und ökologische Folgen! Ein weiterer Aufschub von massiven Reduzierungen bei den Treibhausgasemissionen sei unverantwortlich. Und: Es drohe, ein dramatisch beschleunigter, unumkehrbarer Klimawandel.

Und in der Tat, wenn man die Schreckensmeldungen der Klimaforschung und nur einige Kernaussagen des jüngsten IPCC-Berichts betrachtet und sich dabei nicht der Illusion eines linearen, allmählichen Klimawandels hingibt, sondern Rückkopplungen, Verstärkungen, sprunghafte Entwicklungen berücksichtigt, kann und muss man sagen: Das Klima und damit das ganze System Erde stehen nicht nur auf der Kippe, sondern sind bereits aus der Balance. Überall sind dramatische Veränderungen zu beobachten, die sich wechselseitig beeinflussen und verstärken. „Die ersten Steine eines sich verstärkenden Dominoeffekts sind längst gefallen!“, wie Prof. Schellnhuber vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung meint. Um eine dramatische Beschleunigung der Erderwärmung, durch solch eine sich aufschaukelnde Kettenreaktion zu vermeiden, sind sofortige dramatische Anstrengungen nötig.

Entschärfte Zahlen zum Temperaturanstieg sind da eher kontraproduktiv. So wurde die extrem

starke Erwärmung der Arktis im jüngsten Bericht des Weltklimarates gar nicht berücksichtigt, vorgeblich wegen unsicherer Datenlage (die Antarktis blieb ebenfalls ein weißer Fleck). Auch der Großteil der Troposphäre und die Stratosphäre wurden nicht einberechnet. Man muss also von einer sehr viel stärkeren Erwärmung der Atmosphäre ausgehen, als im IPCC-Bericht angegeben.

Es gilt jetzt, aus den Träumen von immer weiterem Wirtschaftswachstum aufzuwachen. Nur noch zehn Jahre „Weiter so“, bedeuten eine irreversible Schädigung der Grundlagen des Lebens.

### **Menetekel allerorten - die Zeichen sind überdeutlich**

Wer sehen kann und will, wird weltweit die Zeichen kommenden Unheils erkennen: Das Verschwinden des arktischen Meereises (im Sommer jetzt nur noch die Hälfte der früheren Fläche). Damit ist durch die veränderte Albedo (Wärmerückstrahlung) eine Art zusätzlicher Heizung in Betrieb. Es werden nicht mehr 80-90% der Wärmeeinstrahlung durch Eis und Schnee reflektiert, sondern das Meerwasser nimmt 80-90% der Wärme auf und speichert sie. Je weniger Eis, desto stärker die Erwärmung, und stärkere Erwärmung bedeutet noch weniger Eis.

Experten der NASA gehen sogar davon aus, dass die Arktis schon in fünf Jahren im Sommer eisfrei sein könnte. Das Eis hat schon 3/5 an Dicke verloren. Dann haben wir dort statt eines Kühlschranks eine gigantische Zusatzheizung in vollem Betrieb, die alle Prognosen zum Tempo der globalen Eisschmelze über den Haufen werfen dürfte. **Wenn Grönländischer Eisschild**

**und die Westantarktis abschmelzen, bedeutet dies einen Meeresspiegelanstieg von 14 Metern.** Und die Eisschmelze hat schon dramatisch zugenommen, beim Grönlandeisschild um das Vierfache in 10 Jahren. Der Eisschild auf der Baffininsel ist schon zur Hälfte abgeschmolzen.

Darüber hinaus ist die atmosphärische Zirkulation grundlegend verändert, meridionale Verläufe dominieren, der Polarwirbel ist zusammengebrochen, wir haben anderes Wetter, einen verstärkten Temperatenausgleich zwischen Arktis und Subtropen und damit eine weitere Erwärmung der Arktis.

Diese beschleunigte Erwärmung der Arktis führt auch zu einem weiter beschleunigten Auftauen der Permafrostböden. Mit fatalen Folgen: es wird immer mehr Methan freigesetzt, ein 25-mal stärkeres Treibhausgas als CO<sub>2</sub>.

Wir haben es hier mit einer klassischen Rückkopplungsschleife zu tun, mit allerdings gleich mehreren Verstärkungen: Immer mehr CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre – Erwärmung – Eisschmelze – weitere Erwärmung – veränderte atmosphärische Zirkulation – zusätzliche Erwärmung – tauender Permafrost – Freisetzung von Methan – beschleunigte weitere Erwärmung mit noch mehr Eisschmelze und noch mehr auftauendem Permafrost usw. usf.

### **Kipppunkte einfach überrollt**

Ein entscheidender Kipppunkt im Klimasystem, das Auftauen des Permafrosts (ein Fünftel der Landfläche) und die Freisetzung ungeheurer Mengen an Methan, ist damit schon erreicht, wie Jørgen Randers (Mitautor der „Grenzen des Wachstums“) und andere Wissenschaftler meinen. Der Weltklimarat schreibt, dass „in weiten Teilen der Polarregionen ein beträchtlicher Rückgang der Ausdehnung der Permafrostflächen bei verringerter Dicke festgestellt wurde“. Forschungsstationen messen schon seit 2007 stark steigende Methanwerte, auch wurden schon starke Methanausbrüche aus dem Schelf registriert (es gibt ja riesige Gebiete unterseeischen Permafrosts).

Der Methangehalt in der Atmosphäre hat sich seit Beginn der Industrialisierung schon verdreifacht und verursacht etwa ein Drittel der menschengemachten Erderwärmung, also mehr

als 50% des Anteils von CO<sub>2</sub>. Wie stark und wie schnell er sich weiter erhöht, liegt „noch“ in Menschenhand.

Im März 2014 wurde die 400 ppm-Grenze beim CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre überschritten (ppm= Parts per Million). 350 ppm waren einmal die Deadline, die nicht überschritten werden durfte, um die Erderwärmung unter 2° C zu halten und ein schnelles Abschmelzen der Eisschilde zu verhindern. Was ja eben nicht nur Meeresspiegelanstieg bedeutet, sondern weitere Temperatursprünge und damit ein noch schnelleres Auftauen der Permafrostböden. Dann werden noch größere Mengen an Methan freigesetzt und die 500 ppm-Grenze bei CO<sub>2</sub> muss noch gar nicht erreicht sein, damit die Weltmeere, welche bisher 50% des zusätzlichen CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre aufgenommen haben, so warm und übersäuert sind, dass sich das Plankton stark reduziert. Was die Erderwärmung noch einmal dramatisch und unumkehrbar beschleunigen würde. Spätestens jetzt würden die verbliebenen Wälder (die zweite große CO<sub>2</sub>-Senke) kollabieren und sich in Buschland verwandeln – ein weiterer Temperatursprung.

Ein weiterer Anstieg der Wassertemperaturen könnte überdies gefrorene Methanhydrate am Meeresboden, auch bis in größere Tiefen freisetzen, – was zu einem Temperatursprung von mehreren Grad führen würde. Das wäre der Klima-Super GAU, mit dem die Lebensgrundlagen aller kommenden Generationen zerstört wären, das wäre die 6. Auslöschung des Lebens auf der Erde. Diese Klimakettenreaktion wird so ablaufen, wenn wir nicht jetzt die „Kernschmelze“, also die Eisschmelze verhindern.

Nötig ist eine sofortige drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen, vor allem von CO<sub>2</sub>, und um das zu erreichen, ist ein sofortiger drastischer Umbau der Gesellschaften notwendig. Die Klimakatastrophe ist ja kein Schicksal, sie wurde und wird gemacht.

### **Die Verantwortlichen gehören vor ein Klimatribunal**

Sollten die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter wie bisher zunehmen, werden sie sich in wenigen Jahren im Vergleich zu 1990 verdoppelt haben, von ca. 22 Gt (Gigatonnen) CO<sub>2</sub> auf über 40 Gt. Keinerlei Reduktionen, wie in Rio und auf anderen

Konferenzen vereinbart, sondern eine Verdoppelung, fast 100% nochmal oben drauf. Statt zu löschen, hat man 20 Jahre lang weiter Öl und Benzin ins Feuer geschüttet! Auch in Deutschland, auch in Europa, deren zeitweise Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, ja nur auf dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des jeweiligen Ostens beruhte.

Inzwischen steigen die Emissionen wieder, in Deutschland in den letzten beiden Jahren jeweils um zwei Prozent, ganz abgesehen von den extern anfallenden Emissionen für das Projekt Exportweltmeister. VW verkaufte 2013 zehn Millionen Autos weltweit. Auf ein Neugeborenes in Deutschland kommen 17 von deutschen Firmen hergestellte Autos. Die Autoproduktion hat in den letzten drei Jahren weltweit um 30% auf ca.80 Millionen Stück zugenommen. Nur noch 10 Jahre weiter so, das bedeutet 1.000 Millionen neue Autos.

Das ist nicht nur krank, das ist nekrophil! Und das soll noch 50 oder 100 Jahre so weitergehen mit exponentiellem Wachstum? Es ist doch völlig offensichtlich, dass dies ein verantwortungsloser Kollisionskurs mit dem Planeten ist, der tragisch enden muss.

Wir leben jetzt schon um das Zehnfache über unsere Verhältnisse – und unsere Verhältnisse, das sind nun mal die natürlichen Gegebenheiten des Systems Erde, das ist die Ökosphäre. Wir verpulvern gerade, was tausende von Jahren – für alle noch kommenden Generationen reichen sollte. Und nicht nur das, wir zerstören die natürlichen Grundlagen, die Leben und auch menschliches Leben erst ermöglicht haben. Fünf bis sechs Grad mehr – und alles läuft im Moment darauf hinaus – bedeuten den Zusammenbruch aller Ökosysteme und milliardenfachen Tod.

Wir sind dabei, aus dem Paradies eine Hölle zu machen und es wird keinen Weg zurück geben. Wir sind die letzte Generation, die noch verhindern könnte, dass sich das Tor zum Paradies für immer schließt, doch wir tun das genaue Gegenteil. Die nach uns Kommenden werden uns verfluchen! Sie haben dasselbe Recht wie wir, zu leben, in einer lebenswerten Umwelt. Wer spricht für sie, wer vertritt das Recht der nächsten 100 Generationen? Und wer vertritt das Recht allen anderen Lebens, das wir gerade

ausrotten (mit einem nie dagewesenen Artensterben). Wir haben nicht das Recht, zig Milliarden noch Ungeborener zu Elend und Tod zu verurteilen! Und wir haben auch nicht das Recht, das Wunder des Lebens auf dem Altar des Mammons zu opfern.

Man muss es mal beim Namen nennen: was hier gerade ins Werk gesetzt wird, ist kein unvermeidbares Unglück, sondern der größte Massenmord der Geschichte, „denn sie wissen, was sie tun“. Es gilt, die Verantwortlichen in Öl- und Energieunternehmen, Auto-, Luftfahrt- und Rüstungskonzernen, in Banken und Regierungen beim Namen zu nennen und anzuklagen. Im Namen der kommenden Generationen und des Lebens.

## **Das gerade erst ausgerufenen Anthropozän könnte sich sehr bald als Nekrozän (Zeitalter des Todes) erweisen**

Die letzten 20 Jahre der Globalisierung haben dem Planeten möglicherweise den Todesstoß versetzt. 20 Jahre wurde die Öffentlichkeit getäuscht und hingehalten mit Sonntagsreden und leeren Versprechungen und die Treibhausgasemissionen sind gestiegen und gestiegen .

Wir haben dem System Gaia, der nährenden Mutter Erde, nicht die Möglichkeit zum Ausgleich der Störungen gegeben, um wieder ins Gleichgewicht zu gelangen. Ganz im Gegenteil, haben wir ihre Selbstheilungskräfte weiter geschwächt: z.B. durch exzessive Waldzerstörung nun auch in Osteuropa. Mit dem Überrollen entscheidender Kippunkte im Klimasystem haben wir eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, die sich weiter verstärkt. Das Leben selbst ist in Gefahr, für Millionen Jahre ausgelöscht zu werden, bis auf einige Überlebensnischen. Und das durch ein Wesen, in dem die Evolution zu Bewusstsein gekommen ist und das eigentlich zur Vernunft begabt ist.

Doch es herrscht eine Art Verblendung, eine absonderliche Schizophrenie unter den Mächtigen dieser Welt: es wird die Gefahr des Klimawandels beschworen, Selbstverpflichtungen für in 20 Jahren werden verkündet; und dann wird ernsthaft verhandelt, oft auf derselben Konferenz, wie die Konjunkturkrise überwunden werden kann und weltweit ein noch größeres Wirtschaftswachstum zu erreichen sei. Wo doch zur



Eindämmung der Klimakatastrophe, eine möglichst schnelle Reduzierung der Treibhausgasemissionen und damit der weltweiten Energie- und Stoffströme um 90% nötig wäre, vor allem durch die Industrieländer (siehe Kyoto-Protokoll, aber auch die Selbstverpflichtung der Kohl-Regierung).

Die wahnwitzige Auffassung, man könne immer weiter expandierende ökonomische Systeme, ohne funktionierende ökosystemische Grundlagen aufrechterhalten und vielleicht später noch was reparieren, scheint sich durchgesetzt zu haben. Doch es herrschen Vorstellungen von einer Steuerung des Systems Erde mittels Geoen지니어ing, d.h. z.B. erst mal weiter emittieren zu können, um dann in 20 Jahren die Treibhausgase, etwa durch unterirdische Kohlendioxidverpressung wieder zu reduzieren. Diese technokratischen Allmachtphantasien verkennen völlig, dass man eine Kettenreaktion nicht anhalten und auch nicht rückgängig machen kann.

## **Der Kapitalismus ist so oder so am Ende**

Die Sachwalter der Kapitalakkumulation wissen natürlich, dass wirklich ernsthafte Bemühungen, die Klimakatastrophe einzudämmen, mit weiterer expansiver kapitalistischer Globalisierung unvereinbar sind und damit die Systemfrage gestellt ist. Es ginge ja um einen Rückbau, der über- und fehlentwickelten westlichen Gesellschaften, um den Faktor 10, was natürlich das Ende des Kapitalismus bedeuten würde. Und jedes System will sich selbst erhalten.

Es besteht ein klassischer antagonistischer Widerspruch zwischen der Begrenztheit des Systems Erde und den vom Zwang zur Expansion getriebenen kapitalistischen Wachstumsgesellschaften, der nicht auflösbar ist, nur durch den Untergang eines oder den gemeinsamen Untergang beider Antagonisten, was ja niemand wirklich wollen kann. Wir stehen vor der Frage:

## **Systemausfall (Erde) oder Systemwechsel (Kapitalismus).**

Die Produktivkräfte sind längst Destruktivkräfte geworden. Wachsende Wirtschaften und wachsende Emissionen bedeuten wachsende Zerstörung! Auch wenn Unwetter, Überschwemmungen, Waldbrände usw. erst mal sogar als Konjunkturspritzen wirken, – der Wiederaufbau

und die Reparaturen steigern ja sonderbarerweise das Bruttosozialprodukt – werden die kommenden Katastrophen, früher oder später die Reparaturfähigkeit jeder Gesellschaft überfordern.

Und selbst die reichsten Länder werden bald nur noch den permanenten Notstand verwalten und Mühe haben, eine einfache Reproduktion aufrecht zu erhalten. Statt um erweiterte Reproduktion, geht es dann um Überlebenssicherung. Das ist ebenfalls das Ende des Kapitalismus. Jedoch könnten durch das wahnwitzige, verblendete „Weiter so“ die Lebensgrundlagen bereits so stark geschädigt sein, dass nicht nur menschliches Leben, sondern Leben überhaupt auf der Erde nicht mehr möglich ist.

Sollte man das Notwendige nicht tun, solange noch etwas zu retten ist, wenn man es doch später gezwungenermaßen ohnehin tun muss? Doch „die Herren der Welt“ sind wohl eher gewillt, erst mal ihre Krise (Überproduktion und stockender Absatz) auf „altbewährte“ Weise zu lösen – durch Rüstung und Krieg.

## **Ein Sofortprogramm für das Leben**

Es ist an der Zeit, nicht nur „Apfelbäumchen zu pflanzen“, sondern den Zerstörern der Welt endlich die „Kettensägen“ aus den Händen zu nehmen, und ihre Fließbänder anzuhalten.

Es gilt, jetzt sofort einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, um vor dem „Point of no Return“, die menschlichen Gesellschaften in den gegebenen Rahmen der Erde rückzubinden. Ein erster Schritt könnte die Einführung einer weltweiten Klimasteuer auf Transporte sein, um die Globalisierung einzudämmen und nachhaltige regionale Wirtschafts- und Lebensweisen zu schützen. Damit könnte ein weltweites Aufforstungsprogramm finanziert werden, aber auch kostenloser öffentlicher Nahverkehr und die Einführung von 100% ökologischer Landwirtschaft, sowie Umwelttechnologietransfers.

Auch weltweite Umweltbildungsprogramme wären nötig, vor allem für die Industrieländer:

1. Lektion: Der Mensch ist ein Teil der Natur
  2. Lektion: Ein Krieg gegen die Natur kann nicht gewonnen werden
- im November 2014

## Literatur:

IPCC, 5. Sachstandsbericht, Teilberichte 1-3  
„Zukunftsfähiges Deutschland“, Studien des Wuppertal Instituts 1997 und 2008  
K.W. Anthony, „Klimazeitbombe Permafrost“, 2010  
„Mehr Wetterextreme ...“, Pressemitteilung des PIK,

12.08.14

J.Tallig, „Vom Wetter zum Unwetter“, Umwelt aktuell, 07.2013

J.Tallig, „Vom Unwetter zur Katastrophe“, Umwelt aktuell, 06.2014

## Aufbruchtage - Mensch- und umweltfreundlicher Verkehr ...

### Brand der Mobilität - Wachstums- und Klimatreiber par excellence

### Podiumsdiskussion in der Universität Leipzig am 5. September 2014

Straßenverkehr ist lebensgefährlich. In den 27 Mitgliedsländern der EU werden im Jahr 48.000 Menschen, in China sogar 110.000 Menschen im Straßenverkehr getötet. Weltweit kamen nach Schätzungen der Vereinten Nationen 2011 rund 1,24 Millionen auf diese Weise ums Leben - womit die Zahl der Verkehrstoten weit über den Opferzahlen von Krieg, Genozid und Anschlägen liegt. Die Anzahl der Verletzten wird auf jährlich etwa 40 Millionen geschätzt. Während in vielen Ländern normierte Unfallstatistiken geführt werden, ist das in manchen anderen, vor allem in Afrika, nicht der Fall, weshalb das tatsächliche Ausmaß der tödlichen Verkehrsfolgen noch erheblich höher sein könnte. Autos bedrohen insbesondere "weiche" und junge Verkehrsteilnehmer. Etwa 22 Prozent der Verkehrstoten sind Fußgänger, die zusammen mit Radfahrern und Motorradfahrern weit über die Hälfte aller Opfer ausmachen. Rund 2000 Schulkinder sterben jeden Tag, im Alter zwi-

schen 15 und 29 Jahren bleibt ein Verkehrsunfall Todesursache Nummer eins.

Ärmere Menschen sind überproportional gefährdet. Während reichere Länder die Zahl der Verkehrstoten in jüngerer Zeit zumeist reduzieren konnten, steigt sie in ärmeren Regionen weiter an. So stammen 92 Prozent aller Verkehrstoten aus Ländern mit einem niedrigen oder mittleren Einkommensniveau, obwohl dort nur 53 Prozent der globalen Pkw-Flotte registriert sind. Aufgrund wachsenden Wohlstands und der entsprechenden Motorisierung von Schwellenländern steht zu befürchten, dass sich die Zahl der jährlichen Verkehrstoten bis 2030 auf über 2,4 Millionen verdoppeln wird. 1

Sollten diese erschreckenden Opferzahlen für sich genommen schon Anlass genug geben, die herrschende Verkehrsweise in Zweifel zu ziehen, so kommt eine ganze Reihe schwerwiegender Gründe hinzu. Dieser Verkehr ist ein Wachstums- und Klimatreiber par excellence,



der auf Expansion drängt, die Lebensverhältnisse massiv beeinträchtigt und die viel beschworene Energiewende obsolet zu machen droht.

## Verkehrspolitik zu Lasten der Armen, der Umwelt und des Klimas

Auf der Vierten Internationalen Degrowth-Konferenz vom 2. bis 6. September an der Universität Leipzig war der Themenstrang "Mobilität und Verkehr" mit zwei Workshops und einem Panel vertreten. Ein Workshop mit Patrick Kayemba (Fabio) befaßte sich mit der Verkehrskatastrophe in den afrikanischen Megacities und Mobilität für die arme Bevölkerungsmehrheit. Ein weiterer Workshop mit Maggie Klingler-Lauer (Stuttgart 21) und Bernhard Knierim (Netzwerk solidarische Mobilität) erörterte den Widerstand gegen Großprojekte und Alternativen zum herrschenden Verkehrssystem. Bei der Podiumsdiskussion wurde dann die Thematik zusammen gefasst und neben der Analyse ein Schwerpunkt auf mögliche Alternativen gelegt. Sabine Leidig (bis 2009 Geschäftsführerin von Attac, MdB der Partei DIE LINKE) stellte als Moderatorin dem Podium drei Thesen voran:

1. Die herrschende Verkehrspolitik orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern an den Interessen großer Konzerne und Branchen, allen voran der Automobilindustrie, aber auch der Flugverkehrsindustrie und der Bauwirtschaft, die starken Einfluss auf die Gestaltung der Infrastruktur nehmen und mit ihren Expansionsstrategien weltweit bestimmte Verkehrs- und Mobilitätsmuster vorantreiben.
2. Die herrschende Verkehrspolitik schadet vor allem den Armen, sowohl im globalen Süden als auch zunehmend jenen Menschen im Norden, die durch die soziale Ungleichheit an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.
3. Die Art und Weise, wie der Verkehr organisiert wird, stellt sich als wesentlicher Wachstums- und Klimatreiber dar, weil der Anteil des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Verkehrssektor auch in Europa nach wie vor wächst.

Im folgenden warf Maggie Klingler-Lauer einen Blick auf den Widerstand gegen die herrschende Verkehrspolitik. Sie stellte mehrere Projekte

vor und erklärte, woran sich der Protest entzündet hat und was die verbindenden Elemente des Widerstands sind. Patrick Kayemba ging auf die Verkehrsprobleme im globalen Süden und mögliche Alternativen ein, die sich dem Wachstumsmodell entziehen. Winfried Wolf (u.a. Autor



des grundlegenden Werks "Verkehr, Umwelt, Klima"), beschäftigte sich mit den Wachstumstreibern, deren Strategien und den Möglichkeiten, sie zu durchkreuzen.

## Stuttgart 21 ist kein singulärer Sündenfall

Maggie Klingler-Lauer, die sich 2007 aus Empörung dem Protest gegen Stuttgart 21 anschloss, fasste die schwerwiegendsten Einwände gegen das Bahnprojekt zusammen, in das die Stadt Stuttgart vermutlich bis zu einer Milliarde Euro fließen lassen wird. Die größte Baustelle Europas im Herzen einer Stadt umfasst 60 km Tunnel in risikoreichem Untergrund mit drohenden Hängerutschen und stellt insbesondere eine Gefahr für den größten Naturschatz, die Mineralwasserströme dar. Ein Bahnhof mit geringerer Kapazität als der bestehende wird die Steuerzahler 15 bis 20 Milliarden Euro kosten, während man vorhandene Strecken weiter abbaut und Personal einspart.

Das Projekt nützt vor allem der Immobilienbranche und weiteren Investoren, die im Gleisvorfeld schätzungsweise 30 bis 40 Milliarden Euro umsetzen werden. Es kommt zu einer weiteren Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Straße, was mit dem Einfluss der ansässigen Automobilindustrie zu erklären ist. Die Stadt verwandelt sich von einem Wohnort, Le-

bensraum und sozialen Gefüge in eine Stätte des Konsums mit Wohnraum für eine wohlhabende Mittelschicht. Unmittelbar bedroht ist ein Arbeiterviertel, ehemals Wohnungen der Deutschen Bahn, die über die Baden-Württembergische Landesbank an einen Hedgefonds verkauft wurden, der die Mieter zu vertreiben versucht. Obgleich in jeder Hinsicht ein miserables Projekt, ist Stuttgart 21 kein singulärer Sündenfall.

2010 schlossen sich Proteste gegen Verkehrsinfrastrukturprojekte aus dem Baskenland und Frankreich zusammen. Seit der Charta von Hendaye im selben Jahr gab es große jährliche Foren, das erste fand 2011 im Susatal statt. Dieses Alpental soll von der Schnellbahntrasse Turin-Lyon gekreuzt werden, obgleich es dort schon eine Trasse gibt, die zudem nicht ausgelastet ist. Obwohl diese Trasse bis vor kurzem



Seit den 1970er Jahren gab es in Deutschland mehr als 20 Projekte, bei denen Kopfbahnhöfe in unterirdische Tiefbahnhöfe umgewandelt werden sollten. Städte wie Leipzig, München oder Frankfurt verzichteten darauf, während sich die günstigsten Voraussetzungen in Stuttgart fanden. Nach einer 58 Jahre währenden CDU-Landesregierung und einer über 50jährigen CDU-Regierung in der Stadt rechneten die Betreiber nicht mit Protest, der dennoch 2010 und 2011 zu großen Kampagnen gegen das Projekt führte. Diese Protestbewegung ist nach wie vor lebendig, was nicht zuletzt auf ihre Verbundenheit mit anderen Protesten gegen aufgezwungene Megaprojekte zurückzuführen ist und damit eine breite Solidarität hervorgebracht hat, so die Referentin.

für eine Milliarde Euro restauriert wurde, soll eine neue Schnellbahntrasse mit Überlandbauwerken und Tunnelröhren durch die Berge geführt werden, die ein Profit- und Renditevolumen von 30 bis 40 Milliarden Euro verspricht. Beteiligt sind große internationale Baukonsortien, die sich das Geld der italienischen und französischen Steuerzahler unter den Nagel reißen werden.

Das zweite Forum fand in Notre-Dame-des-Landes zwischen Nantes und Rennes statt. In dieser agrarischen Landschaft mit Hecken und Naturschutzzonen soll ein Großflughafen gebaut werden, der keine 70 km vom bestehenden Flughafen in Nantes entfernt wäre. Dort werden jährlich 3 Millionen Passagiere umgesetzt, für Notre-Dame-des-Landes erhoffen sich die Be-

treiber 9 Millionen Passagiere im Jahr. Das Vorhaben ist als Herz und Motor einer High-Tech-Industrie konzipiert, die dort angesiedelt werden soll und vor allem militärischen Aufgaben der Atlantikflotte dienen würde.

Wie in Stuttgart kam es auch im Susatal und in Notre-Dame-des-Landes von Anfang an zu Widerstand mit massiven Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Protestierenden. 2011 wurden im Susatal mehrtägige Blockaden von Autobahnen brutal geräumt, was zu breiter Solidarisierung in Italien führte. 2013 zerstörte die Polizei die Hütten und Zelte der Platzbesetzer bei Notre-Dame-des-Landes, worauf sich eine über ganz Frankreich erstreckende Solidaritätsbewegung formierte. In Stuttgart gab es Wasserwerfereinsätze, prügelnde Polizisten und über 400 Verletzte, eine ständige Verfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft mit Verhaftungen und Wohnungsdurchsuchungen in Abwesenheit der Bewohner. Inzwischen sind bereits rund 6000 Verfahren gegen Gegner des Großprojekts abgeschlossen.

Das Netzwerk geht davon aus, dass es nie einen Bedarf für diese Großprojekte im öffentlich genannten Sinne gab und die Bevölkerung in jedem Fall überrumpelt wurde. Partizipation fand nie statt, und stets wurde die Protestbewegung diskreditiert und verfolgt. Als Profiteure sind Immobilienbranche, Banken und Baukonzerne zu nennen, immer waren die Projekte zerstörerisch für Umwelt und Ressourcen, Wohn- und Lebensbereiche der Menschen. Der Abwehrkampf dient dem Ziel, diese Projekte zu stoppen. Es geht aber auch um Information über Hintergründe und Machenschaften wie auch gegenseitige Unterstützung. Es gebe Positionen im Netzwerk, die klar und abgestimmt sind: Dazu gehörten die Analyse und die gegenseitige Unterstützung. Es gebe aber auch nicht abgestimmte Positionen, wie etwa die Einschätzung der Bedeutung des Wirtschaftswachstums, die noch zu diskutieren sind, so Maggie Klingler-Lauer.

### **Mobilität nach den Bedürfnissen der Reichen?**

Patrick Kayemba von der 1999 gegründeten Non-profit-Organisation Fabio (African Institute for Sustainable Transport and Development So-

lutions) forderte Mobilität für alle und ein Transportwesen, das sich an den Bedürfnissen der Mehrheit orientiert. Ergebnisse in diesem Sinne seien auf regionaler Ebene in Afrika, aber auch auf subregionaler Ebene in Ostafrika und auf nationaler Ebene in Uganda erzielt worden, wo Fabio seinen Sitz hat. Die zugrunde liegende Philosophie zielt auf eine nachhaltige Entwicklung ab, die heute angemessene Lebensverhältnisse schafft und zugleich Vorsorge für die nächste Generation trifft. Erforderlich sei eine inklusive Verkehrspolitik, die Zugänglichkeit und soziale Gerechtigkeit schaffe. Es gehe folglich auch um Fragen des guten Regierens, die Entwicklung der Infrastruktur im genannten Sinn wie auch um einen Wissenstransfer von Nord nach Süd, aber auch in umgekehrter Richtung, weil es eine ganze Reihe von Lösungen im Süden gebe, von denen auch der Norden profitieren könne.

Um Mobilität einfach und erschwinglich zu machen sowie die Umwelt zu schützen, bedürfe es einer langfristigen Planung samt fortlaufender Evaluation der Projekte und eines angemessenen Managements im urbanen Umfeld. So sei insbesondere zu berücksichtigen, wohin sich die Menschen bewegen und warum sie das tun: Eine gute Infrastruktur entspreche den Bedürfnissen der Menschen. Des Weiteren gehe es um das öffentliche Transportwesen und um Alternativen wie nachhaltige Kraftstoffe, so dass auch Gesichtspunkte des Umweltschutzes berücksichtigt werden. Mobilität und Transport seien Grundbedürfnisse, auf die Menschen einen Rechtsanspruch haben, weil sie die Lebensführung, die Kommunikation, den Austausch, die Kultur und Wissenschaft betreffen. Die Menschen müssen die Wahl haben, um entscheiden zu können, welche Form des Transports für sie angemessen ist. Das dürfen nicht andere für sie bestimmen, so der Referent.

Das Bevölkerungswachstum hat zu einer zunehmenden Ungleichheit geführt. Die Reichen bedienen sich eines Transportwesens, das die Armen beeinträchtigt, die die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Die auf Motorisierung zugeschnittene Infrastruktur kommt nur 10 Prozent der Bevölkerung zugute, da der Rest keine Autos besitzt und zu Fuß geht oder mit dem

Fahrrad fährt. Zu der rasanten Urbanisierung gesellt sich eine zunehmende Motorisierung, da die zumeist ausländischen Fahrzeughersteller auf die politisch Verantwortlichen einwirken. So werden die ursprünglich für eine sehr viel geringere Zahl von Bewohnern geplanten Städte zunehmend verstopft. Politik und Entscheidungsfindung sind hierarchisch von oben nach unten strukturiert, obgleich sich Uganda selbst als eine moderne und fortschrittliche Gesellschaft bezeichnet. Infrastruktur ist mithin eher eine politische als eine technologische Frage.

Der Referent illustrierte anhand von Bildern und einer Videosequenz aus der Hauptstadt Kampala die chaotischen und insbesondere für Fußgänger und Radfahrer lebensgefährlichen Verkehrsverhältnisse. Sollte sich die unkoordinierte Planung nicht ändern, bräche der Verkehr schon in wenigen Jahren vollständig zusammen. Dasselbe Bild finde man in auch in anderen Städten Afrikas. Bürgerinnen und Bürger und Zivilgesellschaft hätten keinen Einfluss und verfügten nicht über die nötigen Mittel. Verantwortlich seien aber auch die Experten und Expertinnen, die zwar Konferenzen veranstalten und viele Fragen diskutieren, aber nicht für die Umsetzung der dabei erzielten Ergebnisse sorgen. Verantwortlich sei zudem die internationale Gemeinschaft mit ihren verschiedenen Institutionen, die sich nicht für diese Problematik interessieren.

Patrick Kayemba stellte abschließend einige Projekte vor, die vor allem auf integrierte Lösungen unter Einschluss aller Beteiligten setzen. Demokratie auf der Straße bedeute, dass man bei derartigen Initiativen die Interessen der Mehrheit berücksichtige. Bedenkenswert sei die folgende afrikanische Philosophie: Es ist nicht das Gewicht der Last, das dich bricht, sondern die Art und Weise, wie du es trägst.

## **Modell der Autogesellschaft im Kapitalismus**

Winfried Wolf referierte zum Modell der Autogesellschaft und seiner Relevanz im Kapitalismus. Die katastrophalen Folgen seien bekannt: Massiver Einfluss des Transportsektors auf die Klimaveränderung von 33 bis 40 Prozent der weltweiten klimaschädlichen Emissionen, die auf den Straßenverkehr, den Luftverkehr und die

Containerschifffahrt entfallen. Hinzu kommen extreme betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche und externe Kosten des Verkehrs. Diese Transportart sei unwirksam: Je mehr Autos und Schnellstraßen, desto langsamer der Verkehr, wie das Beispiel Los Angeles mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 15 km/h im Pkw-Verkehr zeige.

Warum ist das so, obwohl die Marktwirtschaft angeblich doch rational und kostenbewusst funktioniert? Der Referent führte vier Gründe an:

1. Die Geschichte der Mobilität sei vor allem eine der Durchsetzung der US-Hegemonie und des American way of life. Während sich die Eisenbahn im 19. Jahrhundert in der gesamten industrialisierten Welt fast gleichmäßig durchgesetzt hat, war das beim Auto und beim Flugzeug ganz anders. Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich in den USA die Kapitalfraktion um Rockefeller und Henry Ford gegen die Eisenbahnindustrie unter Vanderbilt durch. Mit dem Aufstieg der USA zur Hegemonialmacht der Welt gewannen diese beiden Industriezweige weithin die Vorherrschaft. Während die Zahl von 250 Autos auf 1000 Einwohner in den USA bereits 1927 erreicht wurde, war das in Westeuropa erst 1960 und in Japan 1980 der Fall. Die weltweite Autoindustrie wurde 1970 noch zu 75 Prozent von US-Konzernen wie General Motors, Ford, Chrysler und deren Töchtern in Europa bestimmt.
2. Die Organisation von Transport und Verkehr auf Basis von Pkw, Lkw, Flugzeug und Schiff ist ideal für die Vergesellschaftung der Kosten und Privatisierung der Profite. Während die Eisenbahn im klassischen Betrieb eine Einheit von Verkehrsweg und Betrieb bildet, ist die Autoindustrie privat, befinden sich die Autos im Eigentum von kleinen Leuten und die öffentlichen Straßen werden weitgehend subventioniert. Ähnlich verhält es sich in Flugverkehr und Schifffahrt, wo die Flughäfen und Häfen öffentliches Eigentum oder öffentlich subventioniert sind. Durch die systemische Trennung von Infrastruktur und Betrieb ist es möglich, dass die Kosten weitgehend beim Steuerzahler, bei der Natur, beim

Klima oder bei späteren Generationen anfallen, während die Profite bei den Autokonzernen und Flugzeugbauern privatisiert werden.

3. Autogesellschaft und Billigfliegerei wirken wie das altrömische Prinzip von Brot und Spielen für den Erhalt der kapitalistischen Herrschaft. Mit ihnen wird die Entfremdung, die Lohnarbeit und Kapital mit sich bringen, teilweise kompensiert. Die Leute wollen eigene Fahrzeuge und kostengünstige Flugreisen, eine dagegen gerichtete Politik ist nicht mehrheitsfähig. Wer den Sehnsüchten der Menschen im Kapitalismus auf den Grund gehen will, ist mit der Theorie der Entfremdung bei Marx, aber auch in der katholischen Soziallehre gut bedient. Das Wesen des Menschseins besteht demnach darin, sich zu vergegenständlichen, Sinnvolles zu produzieren. Im Kapitalismus wird das pervertiert, weil das produzierte Produkt den Menschen nicht gehört, die stoffliche Qualität des Produzierten oftmals unnütz oder zerstörerisch ist und weil die Kapitalmacht um so größer wird, je stärker man malocht. Zudem haben die Menschen auf die großen Entscheidungen keinen Einfluss. Sie suchen Zuflucht bei kleinen Freiheiten wie der Fahrt in der eigenen Blechkiste ins Grüne, beim Billigflug zum Meer, beim Surfen im Internet. Nicht von ungefähr war Henry Ford ein überzeugter Faschist, ließ Mussolini die erste Autostrada bauen, propagierte Hitler die Volksmotorisierung.
4. Die Weltwirtschaft ist nicht nur kapitalistisch verfasst, sie ist vor allem in stofflicher Hinsicht auf das aktuelle Mobilitätsmodell ausgerichtet. Wenn man in der Liste der 500 weltgrößten Konzerne eine stoffliche Gruppe um Auto, Öl, Ölverarbeitung und Flugzeugbau bildet, so entfallen auf diese 33 Prozent und bei den Profiten sogar 40 Prozent. Um diese stoffliche Gruppierung herum ballt sich eine Werbeindustrie, eine Lobby in Brüssel, eine Infrastrukturpolitik mit ihren Großprojekten, eine Struktur der EU, deren Roundtable der 50 wichtigsten Konzerne mit den entsprechenden Industrieinteressen gewissermaßen das geheime Zentralkomitee bildet. 1973 bei der ersten Ölkrise und dem "Ende des Wachstums" (Club of Rome) kon-

zentrierte diese Gruppe nur 18 Prozent der Global 500 auf sich - heute sind es ungefähr doppelt so viel.

Abschließend kam der Referent auf den chauvinistischen Spruch von den Milchmädchenrechnungen zu sprechen, die angeblich unstimmg sind. Sogenannte Milchmädchen mussten jedoch gut rechnen können und auf den Pfennig genau haushalten. Jedes Milchmädchen hätte Mitte der 1970er Jahre gesagt, man müsse angesichts der endlichen Energie unbedingt wegkommen von Auto und Flugzeug.

## **Widerstand zwischen Alternative und Grundsatzkritik**

Nachdem Sabine Leidig noch einmal die Frage nach Alternativen aufgeworfen hatte, berichtete Maggie Klingler-Lauer, dass ein Kongress in Stuttgart mit vielen hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern eigene Vorstellungen zum Thema Verkehr formuliert habe. Unter dem Motto "Bürgerbahn statt Börsenwahn" gelte es, eine Bahn zu restaurieren, die an dem Bestehenden anknüpft, in die Fläche geht und auch die Schwachen berücksichtigt, Natur und Umwelt und Lebensräume schont, so die Referentin. Sie habe vor wenigen Tagen selbst erlebt, wie gut der Zugverkehr in der Schweiz funktioniert. Ein integraler Taktverkehr sei möglich.

Winfried Wolf wies in diesem Zusammenhang auf drei Besonderheiten der Schweiz hin, die ein kapitalistischer Staat mit Banken und Pharmaindustrie sei, jedoch keine Auto- und Ölindustrie besitze. Hinzu kämen Elemente direkter Demokratie, die eine U-Bahn in Zürich verhindert und den integralen Taktverkehr befürwortet habe. Des weiteren machten dezentrale Formen öffentlichen Eigentums wie die Rätische Bahn in Graubünden mehr Bürgernähe möglich. Das wäre auch bei einer Bahnreform in Deutschland zu berücksichtigen.

Der Referent führte drei Beispiele aus der Vergangenheit an, die Anlass zum Umdenken geben könnten:

1. Berlin hatte 1928 bei 4,2 Millionen Einwohnern nur 40.000 Pkw, 550 km Trambahnnetz, und die städtischen Verkehrsbetriebe machten Gewinn. Heute hat die Stadt 3,3 Millionen Einwohner, 1,3 Millionen Pkw, 130 km Trambahnnetz und macht mit den Verkehrs-

betrieben hohe Verluste. Dabei ist der öffentliche Verkehr immer noch relativ gut ausgebaut, so dass Berlin die einzige Großstadt in Europa ist, in der nur jeder zweite Haushalt ein Auto besitzt.

2. Ein westdeutscher Bürger legte 1963 ungefähr 6000 km motorisiert zurück. Ein gesamtdeutscher Bürger legt heute im Jahr 14.000 km motorisiert zurück. 1963 gab es so gut wie keine Arbeitslosigkeit und eine Wohlstandsgesellschaft für viele. Diese Zunahme lässt auf eine erzwungene Mobilität durch Zerstörung von Nähe schließen.
3. 1994 gab es in Deutschland halb soviel Lkw-Verkehr wie heute, obgleich der Lebensstandard seither eher gesunken ist.

In Hinblick auf mögliche Alternativen schlug Winfried Wolf einen Mix vor, bei dem einzelne Verkehrsarten möglichst optimal eingesetzt werden. Dass in den Städten 30 Prozent des Verkehrs mit dem Fahrrad abgewickelt werden könnten, zeigten Nimwegen, Amsterdam, Kopenhagen oder Münster. In Zürich entfallen 50 Prozent auf die Straßenbahn, in der Schweiz ist die Flächenbahn mit integralem Taktverkehr optimal umgesetzt. In Venedig gibt es so gut wie keine privaten Motorboote, doch sind alle Stadtteile per Vaporetto angebunden, während der Rest zu Fuß bewältigt werden kann, da die Struktur kleinteilig mit vielen Märkten und Läden ist. Verkehr kann durch Dezentralität vermieden werden, wenn die Nähe wieder entdeckt wird. Der dennoch verbleibende Verkehr wird auf Füße, Pedale und öffentliche Verkehrsmittel verlagert und in die Fläche verbessert.

Sabine Leidig sprach sich für einen kostenlosen Nahverkehr aus, der solidarisch finanziert wird. Dies sei in 18 Regionen Frankreichs bereits umgesetzt, wo Unternehmen mit einer Nahverkehrsabgabe belastet werden. Berechnungen für Erfurt hätten ergeben, dass dort eine Nutzung des gesamten Nahverkehrs für 20 Euro pro Person im Monat möglich wäre, wenn man Kinder und Hartz IV-Empfänger herausnimmt und ein Teil der Betriebskosten über Citymaut und Parkraumbewirtschaftung dazukommt.

Auf die Frage aus dem Publikum, ob die Autoindustrie an Einfluss verliert, weil heute viele junge Leute kein Auto oder nicht einmal mehr

einen Führerschein haben, erwiderte Winfried Wolf: Wenngleich das zutreffe, nehme der Autobestand in Deutschland derzeit um 180.000 Fahrzeuge jährlich zu. Offenbar setze die Autoindustrie darauf, Car-Sharing, Leihautos und Mietsysteme ergänzend auszubauen sowie Hybrid- und Elektroautos zu bewerben. Zudem konzentriere sie sich auf weniger motorisierte Regionen wie Osteuropa, Russland, China, Indien, Brasilien oder Südafrika. Die ausländische Autoindustrie baue Kapazitäten in China auf, um die Zahl der Autos weltweit in den nächsten 15 Jahren auf 1,8 Milliarden zu verdoppeln.

Wie diese Schlaglichter aus der Diskussion des Panels zeigen, umfasst der Widerstand gegen die herrschende Verkehrsweise ein breites Spektrum zwischen unmittelbar umsetzbaren Alternativen und der Erkenntnis, dass eine sehr viel weiterreichende und grundlegendere Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig sein wird, will man Mobilität neu und radikal anders definieren und gestalten. Dass eines aus dem andern hervorgehen kann, wenn sich der Widerstand nicht einschüchtern lässt, hob Maggie Klingler-Lauer hervor. Der Protest in Stuttgart habe trotz aller Niederlagen, Enttäuschungen und voranschreitenden Zerstörungen die Stadt wie auch die Gegnerinnen und Gegner des Großprojekts verändert: Diese haben sich über das Thema Bahnhof hinaus emanzipiert und denken darüber nach, wie Verkehr als solcher aussehen soll, in welcher Welt sie leben wollen und wie es hierzulande um die Demokratie bestellt ist.

#### Quelle:

© 2014 by Online-Tageszeitung Schattenblick, [www.schattenblick.de](http://www.schattenblick.de)  
Schattenblick - INFOPOOL - BÜRGER/GESELLSCHAFT-REPORT  
BERICHT/033: Aufbruchtage - Mensch- und umweltfreundlicher Verkehr (SB)  
<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0033.html>

#### Bisherige Beiträge zur Degrowth-Konferenz in Leipzig im Schattenblick unter

[http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/ip\\_buerger\\_report\\_bericht.shtml](http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/ip_buerger_report_bericht.shtml):  
BERICHT/028: Aufbruchtage - Brauch- und Wuchskultur auf die Gegenspur (SB)



BERICHT/029: Aufbruchtage - Schuld und Lohn (SB)  
BERICHT/030: Aufbruchtage - Umkehr marsch (SB)  
BERICHT/031: Aufbruchtage - Kapital gezähmt (SB)  
BERICHT/032: Aufbruchtage - Quadratur des Kreises und wie es doch zu schaffen ist (SB)  
INTERVIEW/056: Aufbruchtage - Hoffen auf den

Neubeginn Tadzio Müller im Gespräch (SB)  
INTERVIEW/057: Aufbruchtage - Zwei Seiten einer Medaille Nicola Bullard im Gespräch (SB)  
INTERVIEW/058: Aufbruchtage - Sozialökonomie Éric Pineault im Gespräch (SB)  
INTERVIEW/059: Aufbruchtage - Entfremdungsfreies Schaffen Stefan Meretz im Gespräch (SB)

## **Murks? Nein Danke!**

### **Rezension von Götz Brandt**

In diesem Buch von Stefan Schridde geht es um die Qualität der Produkte für die Privatkunden. Es geht nicht um normalen Verschleiß oder um „Sollbruchstellen“, die der Ingenieur einbaut, um die Gesamtfunktion des Gerätes/der Maschine zu sichern, sondern um die von Herstellern geplante Obsoleszenz (lat.: *obsolescere* = abnutzen) mit dem Ziel, das hergestellte Produkt in seiner Lebensdauer absichtlich zu begrenzen und eine Reparatur unmöglich oder sehr teuer zu machen. Ziel ist die Steigerung des Umsatzes und damit des Gewinns. Erfunden wurde diese ökonomische Strategie in den USA. Während noch vor 40 Jahren die Produkte wesentlich haltbarer waren, werden heute in Deutschland etwa 100 Mrd. € Umsatz realisiert – nur über die absichtliche Kürzung der Lebensdauer der verkauften Produkte. Das Geld wird den Käufern ohne Gegenwert aus der Tasche gezogen. Da es möglich ist, dass Produkte so hergestellt werden können, dass sie dauerhaft ihre Funktion erfüllen, ist Obsoleszenz, wenn sie als „vorsätzliche arglistige Täuschung“ nachgewiesen werden kann, ein Wirtschaftsverbrechen. Nur ist das schwer nachzuweisen, auch, weil die Beweislast beim Betroffenen liegt. Staatliche bindende Vorschriften zur Produktgestaltung gibt es nicht.

Der Autor stellt viele Beispiele für die geplante Obsoleszenz bei Bauteilen und -gruppen vor, bei Waschmaschinen, Geschirrspülern, Hand- und Standmixern, Computern, Notebooks, Fernsehern, DVD-Rekordern, Kompaktkameras, Handys, Möbeln, Schuhen, Kleidung, Zahnpasta und Lebensmitteln. Bemerkenswert ist, dass gewerblich eingesetzte Geräte, wie zum Beispiel bei Waschmaschinen, von der geplanten Obsoleszenz nicht betroffen sind. Der Autor gibt Hinweise, wie durch einfache und billige technische

Alternativ-Lösungen die Obsoleszenz verhindert werden kann. Die Industrie will die Vorwürfe aussitzen und schweigt. Obsoleszenz sei ein „Mythos“. Wir würden eben in einer „Wegwerfgesellschaft“ leben, und daran sei der Kunde schuld.

Es gibt auch die politisch gewollte Obsoleszenz, wie z. B. die Abwrackprämie bei Autos oder das Verbot der Glühlampe. „Krieg ist die Fortsetzung der geplanten Obsoleszenz mit anderen Mitteln“ sagt der Autor in Anlehnung an Clausewitz. Die Überproduktion soll dadurch abgebaut werden, dass die Käufer neue Dinge schneller und häufiger erwerben als eigentlich notwendig. Bei einer Umfrage mit etwa 10.000 Verbrauchern, welches die Gründe der geplanten Obsoleszenz seien, waren 86 % der Befragten der Meinung, dass es sich um Gier nach Gewinn handelt. Arglist und Kostendruck wurden als weitere Gründe genannt.

Der Autor schlägt eine „Therapie“ der geplanten Obsoleszenz vor: öffentlicher Diskurs, Einsatz von Marktbeobachtern, Sensibilisierung von Parteien und Verbänden, Gesetze, die die Gier der Kapitalisten steuern, und macht zahlreiche Vorschläge zur Umsetzung. Aber die Politik traut sich nicht, etwas gegen die Unternehmen zu beschließen. Die Systemfrage, warum die Politik sich nicht traut, wird jedoch vom Autor nicht gestellt.

Wer sich informieren will, kann [www.murks-nein-danke.de/verein](http://www.murks-nein-danke.de/verein) wählen, wer einen konkreten Fall von Murks hat, wählt [www.murks-nein-danke.de/murksmelden](http://www.murks-nein-danke.de/murksmelden). Jeder Verbraucher sollte dieses Buch lesen.

Stefan Schridde: Murks? Nein Danke!

ISBN 978-3-86581-671-9, oekom verlag München  
2014, 19,95 €

# Jahrhundertaufgabe Energiewende

## Rezension von Götz Brandt

Anhand dieses Handbuchs von Prof. Felix Ekardt, Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik (Leipzig und Berlin), können Politiker, Unternehmer und Verbraucher prüfen, ob sie das Richtige tun, um den Klimawandel abzuwehren.

Zuerst werden die Bedeutung des Klimawandels für das Fortbestehen der Menschheit, der heutige Lebensstandard in den Industrieländern und der Zusammenhang von Klimawandel und Ressourcenendlichkeit untersucht. Wirtschaftliche Chancen und Probleme der Energiewende sowie die geringen Erfolge auf dem Weg zur Trennung von den fossilen Energieträgern werden untersucht. Das alles ist nicht neu und eben ein Handbuch für Mitbürger, die bisher über wenig Kenntnisse verfügen.

Untersucht werden die technischen Möglichkeiten, um die Energiewende zu bewerkstelligen und die vergebliche Hoffnung auf Wundertechnologien (Kernfusion, Geo-Engineering, CCS). Klargestellt wird, dass die Energiewende nur dezentralistisch erfolgen kann. Auch das sind keine neuen Erkenntnisse, und es wird für den fachlichen Laien auf diesem Gebiet ein kurz gefasster und klarer Überblick gegeben.

Interessant wird dieses Handbuch bei der Frage, ob und wie sich der Einzelne und die Gesellschaft verändern müssen und können, um die Energiewende zu ermöglichen. Hier werden die menschlichen Anlagen und Schwächen, der Einfluss von Tradition und Medien sowie die Frage untersucht, ob eine Energiewende von unten eine Chance hat. Der Autor kommt zum Schluss, dass im Zusammenspiel von Politik, Bürgern und Wirtschaft sich kaum ein gesellschaftlicher Wandel abzeichnet hin zu einer wirksamen Energie- und Klimapolitik. Es wird festgestellt, dass es bisher nur sehr geringe Erfolge bei der Energiewende gegeben hat und wir ganz am Anfang einer Umstellung auf erneuerbare Energien stehen, obwohl Deutschland sich immer als vermeintlichen „Vorreiter“ der Ener-

giewende sieht.

Eine Bereicherung in der Diskussion über Grundlagen, Wege und Erfolgsaussichten einer Energiewende ist die Betrachtung des Zusammenhangs von Nachhaltigkeit und Glück im Menschenleben. Energie- und Klimawende sind nämlich auch ein Problem von Gerechtigkeit und Menschenrechten. Breiter Raum wird der Untersuchung von Freiheit und Selbstbestimmung gegeben. Hier werden neue philosophische Ansätze zur Diskussion gestellt. Das System der Freiheit kann durch die drohende Vielfachkatastrophe, die ungebremst auf uns zu kommt, zum Einsturz gebracht werden. Die Frage wird untersucht, ob Demokratien oder Ökodiktaturen die Probleme lösen können. Einschränkungen im Lebensstandard werden auf alle Fälle die Armen stärker treffen als die Reichen und deshalb sind Sozialboni bei allen staatlichen Maßnahmen zu bedenken.

Ein großer Nachteil des Handbuches ist, dass die Rolle der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrem Profitstreben und Konkurrenzkampf bei der Be- und Verhinderung einer Energiewende ungenügend, nicht realistisch, nicht prinzipiell genug dargestellt wird. Im Kapitalismus werden wir die Energiewende wohl nicht schaffen. Das blendet der Autor leider aus. Ansonsten stellt nämlich dieses Handbuch die Probleme der Energiewende umfassend und detailliert dar. Für Bürger, die sich einen Überblick zum gegenwärtigen Stand der Diskussion und zu den erreichten Erfolgen ein Bild machen wollen, ist das ein guter Einstieg, und auch die Philosophen sollten die einschlägigen Kapitel lesen und weiter denken.

Felix Ekardt, Jahrhundertaufgabe Energiewende. Ein Handbuch. Christoph Links Verlag GmbH, 2014, ISBN 978-3-86153-791-5, 16,90 €

## Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR

von Alexander Amberger

Die Grenzen ungebremsten Wirtschaftswachstums wurden nach 1970 auch von der DDR-Opposition diskutiert. Im Ergebnis entstanden drei Öko-Utopien, die – bei aller Sperrigkeit – erstaunlich relevante Fragen aufwerfen. Rudolf Bahro, Wolfgang Harich und Robert Havemann waren die wohl bekanntesten SED-Kritiker in der DDR. Dabei verstanden sie sich als Marxisten, und ihre Forderungen reichten weit über eine Demokratisierung des Realsozialismus hinaus. Als in den siebziger Jahren im Westen die Umweltfrage wichtiger wurde, hielt die SED das für ein ideologisches Manöver des Klassenfein-

des. Anders sahen das die drei Dissidenten: Sie verbanden Sozialismus und Ökologie und griffen dabei auf die unter Marxisten verpönte Utopie zurück. Damit schufen sie für den Ostblock einmalige politische Konzeptionen. Alexander Amberger stellt sie vor, setzt sie in Beziehung und stellt die Frage nach ihrer damaligen und heutigen Relevanz. Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei »Helle Panke« e.V./Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

332 Seiten, Verlag Ferdinand Schöningh GmbH, 2014, 39,90 €

## Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle

Rezension von Götz Brandt

Ulrich Schachtschneider, den Mitgliedern der Ökologischen Plattform wohlbekannt, hat sich für seine Broschüre ein Thema gewählt, das hochaktuell ist: Wie retten wir die Umwelt, wie kommen wir aus der Wachstumsfalle, wie schaffen wir mehr Gerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums, und wie können wir die Einstellung der Konsumenten ändern? Alle diese Fragen will er mit dem Ökologischen Grundeinkommen lösen.

Bisher gab es Vorschläge, das bedingungslose Grundeinkommen durch Reichenbesteuerung oder aus dem Bundeshaushalt über das Steueraufkommen vorwiegend der Arbeitnehmer zu finanzieren. Dagegen wehren sich sowohl die Reichen als auch die Steuerzahler, und damit kann auch das Wirtschaftswachstum nicht beeinflusst, der Naturzerstörung und dem zunehmenden Ressourcenverbrauch nicht Einhalt geboten werden. Durch das Ökologische Grundeinkommen wiederum soll dieser gordische Knoten durchschlagen werden.

„Eine Ökosteuer auf Material und Energie muss am Ort des Entstehens der unerwünschten Umweltbelastung erhoben werden“, also am An-

fang der Produktionskette und am Ende der Lebensdauer eines Produkts. Im Laden müsste der Kunde dann den höheren Preis bezahlen. Das soll zur veränderten Produktwahl führen. Diese Besteuerung ist aber produktneutral. Um nun die unsoziale Wirkung der Öko-Steuer zu kompensieren, wird die eingenommene Steuer auf alle Bürger gleichmäßig als Bonus wieder verteilt. Die Ärmeren werden damit gerechter behandelt. Die Bevölkerung soll dadurch angeregt werden, anders und weniger zu konsumieren und damit die Umwelt zu entlasten. Im Ergebnis sollen die Obergrenzen des Naturverbrauchs eingehalten werden.

Die Vorteile des bedingungslosen Grundeinkommens sind bekannt: selbst bestimmte Tätigkeiten, mehr Selbstverwirklichung bei der Erwerbsarbeit, Arbeit ist kein notwendiges Übel mehr, Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft auf ein Minimum und weitere bekannte Vorteile. Die Nachteile eines bedingungslosen Grundeinkommens werden aber meist ausgeblendet. Das gilt auch zum Teil für die Broschüre von Ulrich Schachtschneider, denn auch Schachtschneider thematisiert die Nachteile in seiner Broschüre nicht, dass es

nämlich eine bedingungslose absolute Freiheit in einer Gesellschaft nicht geben kann.

Es ist notwendig, die arbeitsteilige Produktion zu sichern. Jeder Bürger muss nach seinen Fähigkeiten einen Beitrag leisten (15 bis 20 Wochenstunden werden von dem bekannten Wirtschaftstheoretiker Keynes vorgeschlagen). Es muss also aus Gerechtigkeitsgründen eine Arbeitspflicht geben, und keiner darf sich drücken (Auszeit, Wanderzeit, Aussteiger, sogenannte Bummelanten und Arbeitsscheue). Es muss auch eine Möglichkeit der Dienstverpflichtung geben, damit auch weniger interessante, stupide, der Gesundheit nicht zuträglich, körperlich schwere und Nacharbeit gesichert wird. Der Freiheit der Berufsausübung sind Grenzen gesetzt. Dadurch wird das Grundeinkommen dann nicht mehr bedingungslos. Eine Loslösung des Einzelnen aus der Gesellschaft kann und darf es nicht geben. Nicht jeder „kann 'nein' sagen zu ökologisch, sozial oder ökonomisch problematischen Arbeitsangeboten“. Aber man kann sich leichter scheiden lassen, weil man ökonomisch abgesichert ist und man kann „der Treitmühle Arbeit-Konsum-Arbeit entfliehen“.

Ein weiteres Problem, das Schachtschneider zu wenig beleuchtet, ist die Tendenz der Wirtschaft, zu schrumpfen. Er blendet wesentliche Fragen aus, z.B.: Wann tritt bei bestimmten Produkten eine Mangelwirtschaft auf, wenn keine

Produktionsplanung vorgesehen wird? Wie werden die außenwirtschaftlichen Beziehungen in einer globalisierten Welt gemeistert? Beim Export von Gütern – erfolgt die Rückgabe der Öko-Steuer an die Hersteller, damit sich im globalen Wettbewerb keine Schlechterstellung einstellt? Das wird beim Exportweltmeister Deutschland ein besonderes Problem. Wie kann der Einfluss der Werbeindustrie auf den Käufer reduziert und durch Aufklärung durch Verbraucherschutzverbände ersetzt werden? Wie kann die „geplante Obsoleszenz“ unterbunden werden?

Vor- und Nachteile eines ökologischen Grundeinkommens werden in der Broschüre allseitig behandelt und es ist in einer Rezension unmöglich, auf alle Probleme einzugehen, weil dann der Rahmen der Platzvorgabe gesprengt wird. Es lohnt sich, diese Broschüre zu lesen, weil fast alle gegenwärtigen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Probleme behandelt und Lösungen vorgeschlagen werden. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis führt zu vertieftem Studium der aufgeworfenen Probleme.

Ulrich Schachtschneider: Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit. Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle, ISBN 978-3-86581-693-1, oekom-Verlag 2014, 16,95 €

## Re-Naturierung: Gesellschaft im Einklang mit der Natur - Jahrbuch Ökologie 2015

Udo Ernst Simonis, Heike Leitschuh, Jörg Sommer, Ernst Ulrich Von Weizsäcker (Hrsg.)

Re-Naturierung der Gesellschaft? Mensch und Gesellschaft haben sich von der Natur entfremdet, Naturzerstörung ist weltweit zu einem strukturellen Problem geworden. Und dennoch: Renaturierung ist wieder im Gange, in vielfältiger Form, an den unterschiedlichsten Orten und aus unterschiedlicher Motivation heraus. Vielen Menschen ist der Erhalt der Natur äußerst wichtig, viele können sich sogar mehr Wildnis vorstellen. Das Jahrbuch Ökologie 2015 widmet sich diesen Werten und Möglichkeiten, beleuch-

tet den Disput um ein neues Naturverständnis und präsentiert einen bunten Strauß an Projekten für einen größeren Einklang der Gesellschaft mit der Natur. Das große Potenzial des Konzepts ist damit aufgezeigt. Es ist ein Konzept, das die Phantasie beflügelt, das zum Mitmachen anregt, das neue Freude an der Natur vermittelt: Renaturierung des eigenen Seins, des Heims, der Gemeinde, der Region, der Nation - Renaturierung des Planeten Erde.

256 Seiten, Verlag Hirzel S., 2014, 21,90 €

## Die Regensammlerin. Erzählungen, Gedichte und Essays: Ökologie, Naturlandschaften und Zukunft

Esther Redolfi, Michaela Bindernagel, Catherine Santur u.v.a.

Der Band folgt in Erzählungen, Gedichten und Essays ökologischen Spuren, Naturlandschaften werden inszeniert, und er stellt Fragen für eine nachhaltige Zukunft. Die Regensammlerin findet einen Weg, wie trotz der Trockenheit die Gärten des Dorfes zu Wasser kommen. Über das Schicksal von jungen Leguanen berichtet eine andere Erzählung. Die Folgen von Tschernobyl

und Fukushima werden aufgegriffen in Gedichten. Ebenso kommen der Klimawandel, die Verschmutzung der Ozeane mit Plastikmüll oder der Naturschutz zu Wort. Eine Reise führt in die weiten Landschaften von Alaska zu Fischottern und Rentieren.

256 Seiten, Engelsdorfer Verlag, 2014, 15 €

## Leserbrief

**Kommentar zur letzten Tarantel, Nr. 66. S.8, "Zur Begründung der marxistischen Ökologie..."**

von Helmut Käss

Dort steht eine schön schauerliche Theorie, die der pessimistischen Sicht zugrunde liegt, die in der Ökoplatzform weit verbreitet ist: "werden pro Kalorie Nahrung etwa 10 Kalorien Erdöl benötigt..." Deshalb sei mit Ende des Erdöls eine Hungersnot zu erwarten. Entweder mit dem tatsächlichen Ende der förderbaren fossilen Lagerstätten, oder da wir aus Klimagründen nur 20% der bekannten fossilen Lagerstätten ausbeuten dürfen (<http://www.commondreams.org/views/2013/12/20/teaching-terrifying-math-climate-change>).

Dem möchte ich energisch widersprechen. Das ist eine hoffnungslos veraltete Sicht der Dinge. Schon im Überblick von 2009 im Spektrum der Wissenschaft <http://www.spektrum.de/alias/erde-3-0/plan-fuer-eine-emissionsfreie-welt-bis-2030/1010840> (im unteren Teil der Seite links "PDF abrufen) steht, wie das geht. Wieso glauben das viele nicht? Ist es so schön, in

Weltuntergangphilosophien zu leben? Die Ernährung ist technisch gut zu bewerkstelligen, zum Beispiel, indem Solarthermiekraftwerke zur Meerwasserentsalzung (Googeln oder z.B. [http://www.dlr.de/Portaldata/1/Resources/s tandorte/stuttgart/AQUA-CSP\\_Zusammenfassung.pdf](http://www.dlr.de/Portaldata/1/Resources/s tandorte/stuttgart/AQUA-CSP_Zusammenfassung.pdf)) genutzt werden und mit Gewächshauskolonien mit PV-Dächern die Wüsten fruchtbar gemacht werden, z.B.: <http://www.sonnenseite.com/Aktuelle+News,Module+von+Innotech+Solar+ersetzen+Daeche r+von+Gewaechshaeusern,6,a26353.html>

**Es geht, und das Blöde ist, dass die Menschheit auf Grund der idiotischen Prinzipien des neoliberalen Kapitalismus und des Schwachsinnns unserer Politiker immer weiter auf das ökologische Chaos zurennt.**

**Es ist nicht eine objektive Notwendigkeit, sondern Idiotie.**

# Impressum

---

## Impressum

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de) Internet: [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: [tarantel@oekologische-plattform.de](mailto:tarantel@oekologische-plattform.de) (ausschließlich für Veröffentlichungen) Redaktionsschluss: 15.8.2014

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.11.2014

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) bzw. [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: [kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de)

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Volksbank Berlin, BIC: BEVODEBBXXX, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00,

Verwendungszweck Ökologische Plattform

## Autorenangaben

Johanna Schringer-Wright ist Mitglied des Parteivorstandes DER LINKEN, des Thüringischen Landtages und der Ökologischen Plattform.

Peter Engert ist Mitarbeiter des Brandenburgischen Landesumweltamtes und Mitglied der Ökologischen Plattform.

Jana Pinka ist Mitglied des Sächsischen Landtages.

Rainer Gellermann, Physiker, Träumer und Radioökologe. Nach einigen wissenschaftlichen Arbeiten und zahlreichen Fachaufsätzen müht er sich seit einigen Jahren, das Thema Strahlung und Gesellschaft als Einheit und Kampf von Widersprüchen zu beschreiben. Da er im Großraum Braunschweig lebt und arbeitet, ist das ehemalige Forschungsbergwerk Asse ein Thema, das ihm nahe liegt. Die geplante Rückholung von Abfällen aus der Asse und die daraus resultierenden neuen Risiken treiben ihn seit 2008 um.

Jürgen Tallig ist Mitglied der ökologischen Plattform sowie Autor und Referent in der Agentur für Neues Denken.

Götz Brandt ist Mitglied des Sprecherrates der Ökologischen Plattform.

Helmut Käss ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

## Bildnachweis

Titelbild: Driving Cars in a Traffic Jam; (CC BY 2.0) [epSos.de](http://epSos.de)

S. 4: Prof. Dr. Ing Popp: Ringwallspeicher

S. 8: Drakt Kranre: Tagebau Grevenbroich Germany, CC-BY-2.0

S. 12: Rainer Klute: Hochaktiver Atommüll, CC-BY-2.0

S. 18: Verkehrsunfall Feuerwehr Brandoberndorf, (CC BY-SA 2.0)

S. 19: redblogger: Teil 1: Bahnpropaganda korrigiert, (CC BY 2.0)

S. 21: Paul Sableman: The Only Sustainable Growth is Degrowth, CC-BY-2.0

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

## Bundesebene

Ökologische Plattform  
Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de) oder [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)  
Manfred Wolf, 030\_2411127, [manfredwolfberlin@gmx.de](mailto:manfredwolfberlin@gmx.de)  
Petra Beck, [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)  
Götz Brandt, [Prof.Goetz.Brandt@t-online.de](mailto:Prof.Goetz.Brandt@t-online.de)  
Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

## BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112 Chemnitz, [ts\\_09112@web.de](mailto:ts_09112@web.de)

## Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und Klimaschutz),  
Tel. 030\_22772485, Fax 030\_22776485  
[eva.bulling-schroeter@bundestag.de](mailto:eva.bulling-schroeter@bundestag.de)  
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel.  
030\_22772636, Fax 030\_227-76638, [ralph.lenkert@bundestag.de](mailto:ralph.lenkert@bundestag.de)

## Landesebene

### Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Wilhelm-Röntgen-Str. 32, 73760 Ostfildern, [mail@wolfgangkaemmerer.de](mailto:mail@wolfgangkaemmerer.de)  
Bayern  
LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, [eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de](mailto:eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de)  
Marianne Selke, [marianne-selke@t-online.de](mailto:marianne-selke@t-online.de)

### Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030\_23252550, [platta@linksfraktion-berlin.de](mailto:platta@linksfraktion-berlin.de)

### Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam  
01520\_2875749 [norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de](mailto:norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de)  
(LAG Umwelt)

### Bremen

Helmut Kersting, [Helmut.Kersting@die-linke-bremen.de](mailto:Helmut.Kersting@die-linke-bremen.de)

### Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, [g.siegler@web.de](mailto:g.siegler@web.de) (AG Umwelt, Energie, Verkehr)  
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, Umwelt),  
Rathausmarkt\_1, 20095 Hamburg,  
[dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de](mailto:dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de)  
Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf  
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg  
[hajo.zeller@die-linke-marburg.de](mailto:hajo.zeller@die-linke-marburg.de)  
Tel. 06421163873

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik),  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden,  
[m.schott@ltg.hessen.de](mailto:m.schott@ltg.hessen.de)

### Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-,  
Verkehr- und Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin,  
[m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de](mailto:m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de) Tel.09385\_5252531  
Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung)  
[info@die-linke-mv.de](mailto:info@die-linke-mv.de)

## Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF NS, Koordinierungsrat ÖPF),  
Sedanstr.\_6, 31787 Hameln, Tel. 05151\_409481,  
[Hpborusso@aol.com](mailto:Hpborusso@aol.com)

## Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster,  
Tel.\_0151\_18479447, [ralfhenrichs@gmx.de](mailto:ralfhenrichs@gmx.de)

## Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler,  
[marion-morassi@t-online.de](mailto:marion-morassi@t-online.de)

Wolfgang Huste, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com) (LAG ÖPF RP)

## Saarland

Dagmar Enschedel (MdL, umwelt-, energie-, sport-,  
verkehr- und wohnungsbaupolitische Sprecherin)  
Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken  
[dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de](mailto:dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de)

## Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel.  
035891\_35290, [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)  
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207  
Leipzig, Tel. 0341\_9424882, [micha.lauter@web.de](mailto:micha.lauter@web.de); (ADELE  
– ÖPF SA)  
Marco Böhme, MdL, [marco.boehme@linksjugend-sachsen.de](mailto:marco.boehme@linksjugend-sachsen.de)  
Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067\_Dresden,  
[jana.pinka@slt.sachsen.de](mailto:jana.pinka@slt.sachsen.de)

## Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle,  
Tel.\_0345\_29418-63, (AG Umwelt)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik),  
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,  
[Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104  
Magdeburg, [andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)

## Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, [friedrich\\_bernd@t-online.de](mailto:friedrich_bernd@t-online.de), Augrund 7,  
24321 Lütjenburg  
Hans-Jürgen Schulze, [hajue.schulze@googlemail.com](mailto:hajue.schulze@googlemail.com),  
Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

## Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen,  
MdL, Agrar- und Regionalpolitik), [johanna@scheringer.de](mailto:johanna@scheringer.de),  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000

Maik Eisfeld [maik\\_eisfeld65@yahoo.de](mailto:maik_eisfeld65@yahoo.de)

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),  
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361\_3772317,  
[kummer@die-linke-thl.de](mailto:kummer@die-linke-thl.de)

## linke und ökologische Medien

Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
[politik@nd-online.de](mailto:politik@nd-online.de)  
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg,  
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030\_44339147,  
[www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)

# Tarantel

Nr. 67  
Dezember  
IV/2014

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

**DIE LINKE.**

## Inhaltverzeichnis

### **In eigener Sache**

Arbeitsplan 2015 3

Bericht über die Konferenz der Ökologischen Plattform bei „Speicherung Erneuerbarer Energie in den nördlichen Bundesländern“ 4

### **Aus den Ländern**

Zum Koalitionsvertrag in Thüringen 5

Gedanken zum Koalitionsvertrag Brandenburg 2014 6

Einschätzung der umweltpolitischen Schwerpunkte in der laufenden Legislaturperiode im Freistaat Sachsen 7

### **Gedicht**

Sommer in Senftenberg 8

### **Energie**

Die Sackgasse - Atommüll in der Entsorgungsfalle 9

Undemokratische Braunkohle 13

### **Klima**

Das System Erde ist aus der Balance und die Grundlagen allen Lebens sind ernsthaft bedroht. 14

Verkehr

Aufbruchtage - Mensch- und umweltfreundlicher Verkehr ... 18

### **Bücherecke**

Murks? Nein Danke! 25

Jahrhundertaufgabe Energiewende 26

Bahro - Harich - Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR 27

Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit - Mit dem ökologischen Grundeinkommen aus der Wachstumsfalle 27

Re-Naturierung: Gesellschaft im Einklang mit der Natur - Jahrbuch Ökologie 2015 28

Die Regensammlerin. Erzählungen, Gedichte und Essays: Ökologie, Naturlandschaften und Zukunft 29

**Leserbrief** 29

**Impressum, Autorenangaben, Bildnachweis** 30

**Kontaktadressen** 31